

# Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen



Die gesamtgesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen von Bildung entwickelten sich in den letzten Jahren weiter dynamisch. Faktoren wie die Geburtenentwicklung und das Wandlungsgeschehen sind zentrale Einflussgrößen für die zukünftige Zahl an Bildungsteilnehmer:innen. Die finanzielle Ausstattung des Bildungssystems ist abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, der Konkurrenzsituation zwischen den öffentlichen Haushalten und insbesondere von den entsprechenden politischen Entscheidungen. Die Situation in den Familien und insbesondere deren Ausstattung mit unterschiedlichen Ressourcen beeinflusst den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen. In Kapitel A werden mit den Bereichen Demografie, Wirtschaft, Erwerbstätigkeit sowie Familien- und Lebensformen derartige Rahmenbedingungen von Bildung näher beleuchtet.

Im Bereich Demografie ist zunächst die Bevölkerungsstruktur und -entwicklung in einer langfristigen Perspektive in den Blick zu nehmen. In den letzten Jahren war eine besondere Dynamik bei der Außenwanderung zu beobachten; eine Analyse zeigt auf, welche Altersgruppen mit welcher Herkunft über die Staatsgrenzen hinweg besonders mobil sind und so die Zusammensetzung der Bevölkerung maßgeblich beeinflussen. Die Geburtenentwicklung der letzten Jahre wird vor allem mit Blick auf Alter, Einwanderungsgeschichte und Bildungsstand der Mütter betrachtet (A1).

Die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte bestimmt die Ausstattung des Bildungswesens mit Ressourcen. Dabei gewährleistet eine stabile konjunkturelle Entwicklung steigende Steuereinnahmen, die den öffentlichen Haushalten Handlungs-

spielräume eröffnen. Bund, Länder und Kommunen stehen aktuell vor enormen finanziellen Herausforderungen: Einerseits müssen sie mit der Belastung durch die Schuldenstände und der Einhaltung der Schuldenbremse umgehen, andererseits werden die öffentlichen Ausgaben in etlichen Bereichen voraussichtlich weiter steigen. Erstmals thematisiert der Bildungsbericht die Inflation mit ihren Auswirkungen auf die privaten Haushalte (A2).

Der Umfang der Erwerbstätigkeit ist eng an die demografische und wirtschaftliche Entwicklung sowie an die individuelle Qualifikation und familiäre Situation der Menschen gekoppelt. Im Hinblick auf die Fachkräftesicherung wird geprüft, welche Effekte die Zuwanderung auf dem Arbeitsmarkt zeitigt und welche Branchen davon besonders profitieren. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit kurz vor und nach dem Renteneintrittsalter wird beleuchtet; eine Analyse der Erwerbssituation von Familien in Abhängigkeit von der formalen Qualifikation und Einwanderungsgeschichte der Eltern sowie der Anzahl und dem Alter der Kinder im Haushalt rundet das Thema ab (A3).

Die sozioökonomische Situation der Familie hat großen Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder und ist im Bereich Familien- und Lebensformen näher zu betrachten. Die sich aus dem direkten familialen Umfeld ergebenden Risikolagen für die Kinder werden differenziert nach Familienstand, Einwanderungsgeschichte und Anzahl der Kinder in der Familie analysiert. Als exemplarischer Zusammenhang der Bedeutung der Risikolagen für den Bildungserfolg wird die Korrelation des Besuchs einer zum Abitur führenden Schule mit dem Vorliegen von Risikolagen untersucht (A4).

## Demografische Entwicklung

Um gegenwärtige und zukünftige Bedarfe an Bildungsangeboten in den verschiedenen Bildungsbereichen abzuschätzen, ist eine Betrachtung der demografischen Entwicklung in den Alters- und Bevölkerungsgruppen unabdingbar, die für die jeweilige Bildungsstufe relevant sind. Sie nimmt deswegen im Bildungsbericht einen besonderen Stellenwert ein. Aus der Perspektive des Bildungssystems kommt insbesondere dem Geburtengeschehen und der Außenmigration mit ihren regional heterogenen Auswirkungen große Bedeutung zu.

### Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung

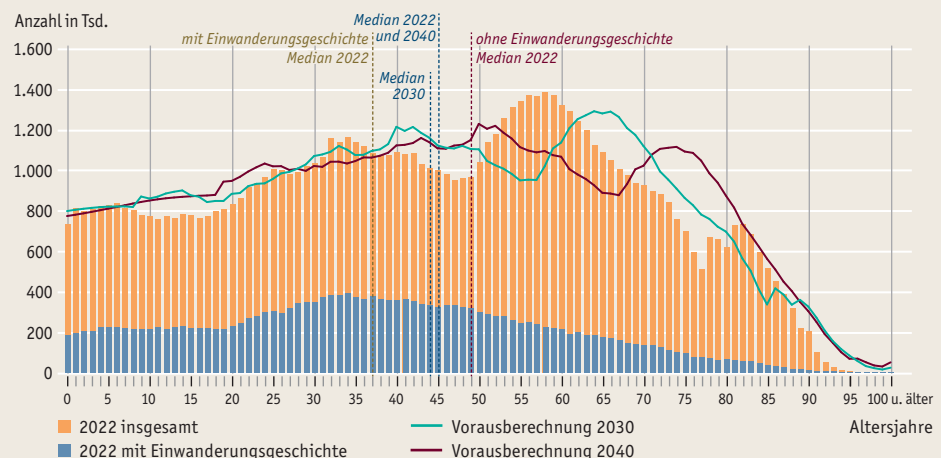
Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland wird grundsätzlich durch die Anzahl der Geburten und der Sterbefälle als natürliche Bevölkerungsbewegung sowie die internationale Zu- und Abwanderung bestimmt. Der quantitativ bedeutsamste Faktor ist derzeit die – in der Regel fluchtbedingte – Zuwanderung. So ist die Bevölkerungszahl in Deutschland 2022 innerhalb eines Jahres um 1,12 Millionen Personen auf 84,4 Millionen Personen angestiegen. Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung – die Differenz der Geburten und Sterbefälle – ist schon seit den 1970er-Jahren negativ und 2022 mit einem Defizit von 332.000 so niedrig wie noch nie; ohne Zuwanderung wäre also seit rund 50 Jahren ein kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Insgesamt ist die Bevölkerung Deutschlands nach einem moderaten Rückgang in der 1. Dekade dieses Jahrhunderts von 2011 an – mit Ausnahme einer pandemiebedingten Unterbrechung im Jahr 2020 – zuwanderungsbedingt kontinuierlich gewachsen (Tab. A1-1web, Tab. A1-2web).

**Bevölkerungswachstum von über einer Million Personen innerhalb eines Jahres**

**Starkes Wachstum in den jüngeren Altersgruppen**

Die Entwicklung unterscheidet sich deutlich zwischen den Altersgruppen. Die Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen, einschlägig für die Frühe Bildung **G**, hat sich mit einer Zunahme um 20% hauptsächlich aufgrund des Geburtenanstiegs

**Abb. A1-1: Bevölkerungsstruktur Deutschlands 2022 sowie Ergebnisse der Vorausberechnung für 2030 und 2040 nach Altersjahren\***



\* Lesebeispiel: Im Jahr 2022 haben von den 780.000 Personen im Alter von 10 Jahren rund 213.000 eine Einwanderungsgeschichte. Diese 10-Jährigen werden im Jahr 2030 (grüne Linie) 18 Jahre alt sein und 10 Jahre später, im Jahr 2040 (rote Linie), das 28. Lebensjahr erreicht haben. Die geringe Sterblichkeit in dieser Zeitspanne und der angenommene hohe positive Wanderungssaldo werden die Größe dieser Personengruppe bis dahin auf knapp 1.000.000 ansteigen lassen. 2022 liegt das Medianalter der Bevölkerung bei 45 Jahren, was heißt, dass 50% der Bevölkerung 45 Jahre und älter sind. Das Medianalter im Jahr 2030 dürfte bei 44 Jahren, 2040 wieder bei 45 Jahren liegen.  
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsvorausberechnung **D**, Mikrozensus **D**, 15. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung **D** **W**, eigene Berechnungen

→ Tab. A1-1web

innerhalb der letzten 10 Jahre massiv vergrößert. Auch die Altersgruppe der 6- bis unter 10-Jährigen, der Kinder im typischen Grundschulalter, ist um 16 % gewachsen. Bezüglich der Größe der Altersklassen 10 bis unter 15 Jahre und 15 bis unter 20 Jahre gab es hingegen in den letzten 10 Jahren auf Bundesebene kaum Veränderungen, wobei sich die Entwicklungen in den Ländern stark unterscheiden. Hohe prozentuale Zuwächse waren in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu beobachten (vgl. **B4, Tab. A1-3web**). Dies stellt die Länder vor ganz unterschiedliche Herausforderungen, was die Ausgestaltung regionaler Bildungs- und Betreuungsangebote betrifft (vgl. **C3**). Nicht unerwähnt bleiben darf an dieser Stelle, dass die Anzahl der über 60-Jährigen innerhalb der letzten 10 Jahre um 3,2 Millionen gestiegen ist und eine große Anzahl sogenannter Babyboomer in den nächsten Jahren die Regelaltersgrenze für die Rente überschreiten wird (**A3, Abb. A1-1**). Dies dürfte mit einer verstärkten Nachfrage nach Bildungsangeboten für Personen im Nacherwerbsalter einhergehen, die sowohl auf die Gestaltung des Ruhestandes als auch auf die Aufrechterhaltung einer (begrenzten) Erwerbstätigkeit gerichtet sein können.

### Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte

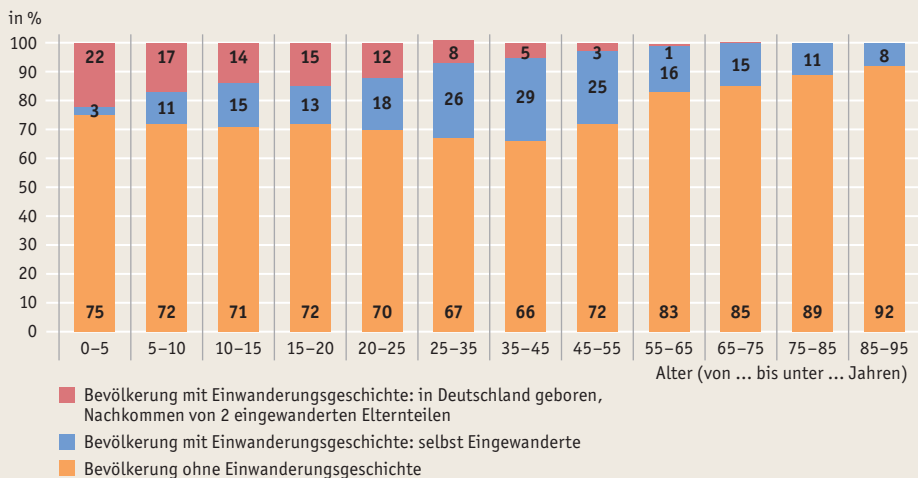
Laut dem Mikrozensus leben in Deutschland im Jahr 2022 rund 20,2 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte **G**, was einem Anteil von 24 % an der Gesamtbevölkerung entspricht (**Tab. A1-1web**). 3 von 4 dieser Personen mit Einwanderungsgeschichte sind selbst nach Deutschland eingewandert, die übrigen sind Nachkommen von 2 selbst eingewanderten Elternteilen. Der Anteil der Personen mit Einwanderungsgeschichte an der Gesamtbevölkerung wird kontinuierlich größer – noch 2013 betrug er lediglich 17 %. Das Medianalter dieser Bevölkerungsgruppe liegt 2022 bei 37 Jahren und damit 12 Jahre unter dem der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte (**Abb. A1-1**).

Von den 25,1 Millionen unter 30-Jährigen in Deutschland haben laut Mikrozensus 2022 rund 7 Millionen (29 %) eine Einwanderungsgeschichte, die Hälfte (50 %) von ihnen ist selbst eingewandert, also nicht in Deutschland geboren (**Abb. A1-2, Tab. A1-1web**). Unter 6-Jährige haben zu 26 % eine Einwanderungsgeschichte, wobei jedoch die meisten dieser Kinder (85 %) in Deutschland geboren wurden und 2 einge-

**Knapp jede 4. in Deutschland lebende Person mit Einwanderungsgeschichte**

**Ein Viertel der unter 6-Jährigen mit Einwanderungsgeschichte**

**Abb. A1-2: Bevölkerung 2022 nach Altersgruppe\* und Einwanderungsgeschichte (in %)**



\* Die Unterteilung in Eingewanderte und deren Nachkommen ist für die Altersgruppen ab 75 Jahren wegen mangelnder statistischer Zuverlässigkeit nicht möglich.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ Tab. A1-1web

wanderte Elternteile haben (zum neuen Konzept der Einwanderungsgeschichte siehe Canan und Petschel, 2023).

Wendet man das bisher gebräuchliche Konzept des Migrationshintergrunds <sup>G</sup> an, dann haben in der Altersgruppe der unter 6-Jährigen 13 % einen einseitigen, also nur von einem Elternteil abgeleiteten und 28 % einen beidseitigen, also von beiden Elternteilen herrührenden Migrationshintergrund oder sind selbst eingewandert (vgl. Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2022, S. 31–32). Nach dem neuen Konzept der Einwanderungsgeschichte werden Personen, bei denen nur ein Elternteil einen Migrationshintergrund oder eine Einwanderungsgeschichte hat, zu den Personen ohne Einwanderungsgeschichte gezählt. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung haben folglich 29 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund, aber 24 Millionen eine Einwanderungsgeschichte.

### Zu- und Fortzüge

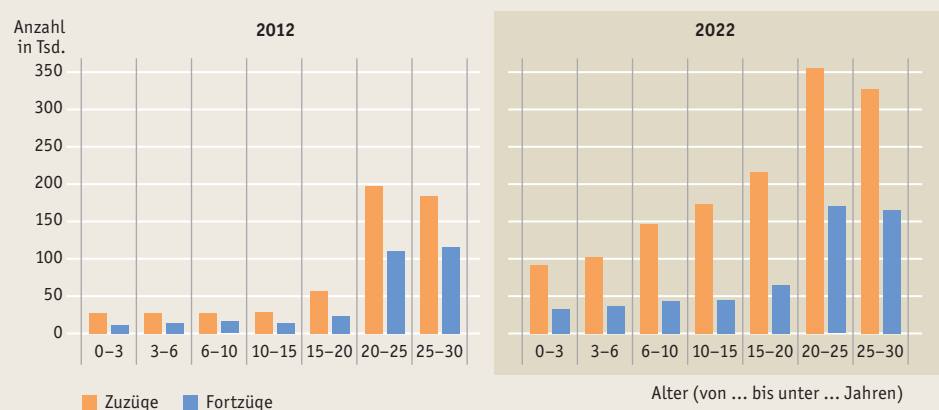
Die Bevölkerungszahl in Deutschland wird derzeit sehr viel stärker durch Zu- und Fortzüge <sup>M</sup> beeinflusst als durch den Saldo von Geburten und Sterbefällen. Die Zuwanderung nach Deutschland wird seit einigen Jahren dominiert durch die Flucht vor Krieg und Gewalt aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und jüngst vor allem aus der Ukraine, wobei längst nicht alle dieser Geflüchteten in Deutschland bleiben oder bleiben wollen. Im Jahr 2022 sind außer den 2,67 Millionen Zuwanderungen aus dem Ausland nach Deutschland auch 1,20 Millionen Fortzüge aus Deutschland ins Ausland zu verzeichnen; die Nettozuwanderung beträgt demnach 1,46 Millionen Personen. Dieser Wanderungsüberschuss ist der höchste seit dem Beginn der Aufzeichnungen in den 1950er-Jahren, was sich vorrangig mit den 1,07 Millionen Zuzügen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine erklären lässt. Negative Wanderungssalden traten während der letzten 2 Dekaden nur in den Jahren 2008 und 2009 auf. Während sich der Anteil weiblicher Zuziehender bis zum Jahr 2021 relativ stabil um 40 % bewegte, beträgt er in der Gruppe der ukrainischen Zuziehenden 63 % (Tab. A1-4web).

**Rekord an Zuwanderungen im Jahr 2022 wegen Krieg in der Ukraine**

**Mehr Zugewanderte im typischen Ausbildungsalter**

In den für die formale Bildung besonders relevanten Altersgruppen der unter 30-Jährigen gab es in den letzten 10 Jahren einen starken Anstieg sowohl der Zuzüge als auch des positiven Wanderungssaldos; dabei hat sich insbesondere bei den unter 20-Jährigen die Anzahl der Zuzüge vervielfacht (Abb. A1-3, Tab. A1-5web). Die starke Zuwanderung auch im typischen (Berufs-)Ausbildungsalter führt dazu, dass viele Personen in das Berufsausbildungssystem einmünden, die das deutsche Bildungs-

**Abb. A1-3: Wanderungen von unter 30-Jährigen zwischen Deutschland und dem Ausland nach Altersgruppen 2012 und 2022**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wanderungsstatistik, eigene Berechnungen

→ Tab. A1-5web

system nicht oder nur partiell durchlaufen haben und oft über keine hinreichenden Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Dies erschwert den Einstieg massiv (Settelmeyer, 2022).

Das dynamische Wanderungsgeschehen insbesondere in den unteren Altersklassen stellt die kommunalen Bildungseinrichtungen vor große Herausforderungen. Dabei geht es nicht nur um die Bereitstellung von Kita- und Schulplätzen, sondern auch von Angeboten zum Erwerb der deutschen Sprache und für die erfolgreiche Integration der zugewanderten Kinder und Jugendlichen (vgl. auch C5, D1).

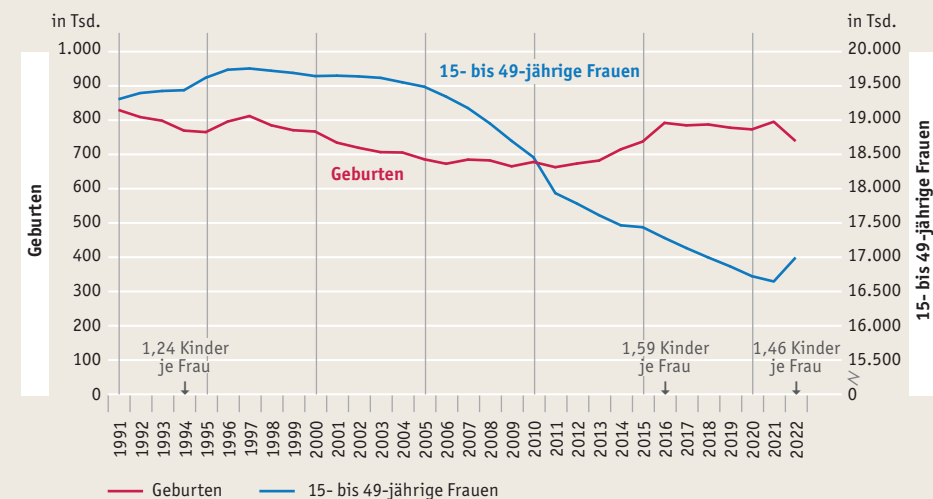
### Geburtenentwicklung

Die Anzahl der Geburten ist ein wichtiger Indikator, um die mittel- und langfristige Entwicklung der Zahl der Bildungsteilnehmer:innen, gerade für den frühkindlichen Bereich und die Primarstufe, abzuschätzen. Aufgrund der Zuwanderung junger Frauen aus dem Ausland und der steigenden zusammengefassten Geburtenziffer<sup>M</sup> war ab 2012 ein deutlicher Anstieg der Geburtenzahlen zu verzeichnen, der bis 2016 anhielt; seither nehmen die Geburtenzahlen mit Ausnahme des Jahres 2021 zwar kontinuierlich leicht ab, liegen jedoch nach wie vor über dem Niveau von vor 10 Jahren. Im Jahr 2022 ist eine Geburtenziffer in Deutschland von 1,46 zu verzeichnen, im Jahr 2021 von 1,58 (EU-27-Staaten<sup>G</sup>: 1,53). Das Bestandserhaltungsniveau mit einer Geburtenziffer von 2,1 Kindern, das für eine stabile Bevölkerungsgröße ohne Migration nötig wäre, wurde in Deutschland letztmals zu Beginn der 1960er-Jahre erreicht.

**2022 Trendumkehr bei Geburten und Anzahl potenzieller Mütter**

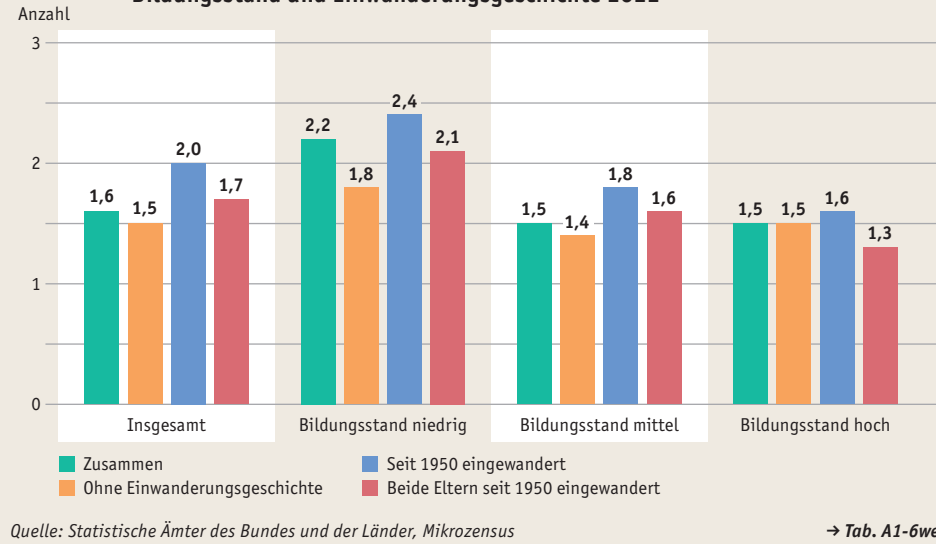
2022 sind in Deutschland 738.819 Kinder zur Welt gekommen, rund 57.000 oder 7 % weniger als im Vorjahr. Eine Verunsicherung der Bevölkerung durch die aktuellen Krisen könnte die Familienplanung beeinflusst haben. Ein weiterer Grund ist die sinkende Anzahl von Frauen im Alter von Ende 20 bis Ende 30 – der Altersspanne, in der die meisten Frauen Kinder zur Welt bringen (Echoeffekt). Insgesamt erhöhte sich im letzten Jahr nach einer langen Periode der kontinuierlichen Abnahme die Zahl der potenziellen Mütter, also der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren, was nicht zuletzt mit der Zuwanderung von Frauen dieser Altersgruppe zusammenhängt. Es bleibt deshalb abzuwarten, ob der Rückgang der Geburten in den nächsten Jahren anhalten wird oder es sich um einen Kurzeffekt handelt (Abb. A1-4, Tab. A1-2web).

**Abb. A1-4: Anzahl der Geburten und Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren in Deutschland 1991 bis 2022**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik, Geburtenstatistik

→ Tab. A1-2web

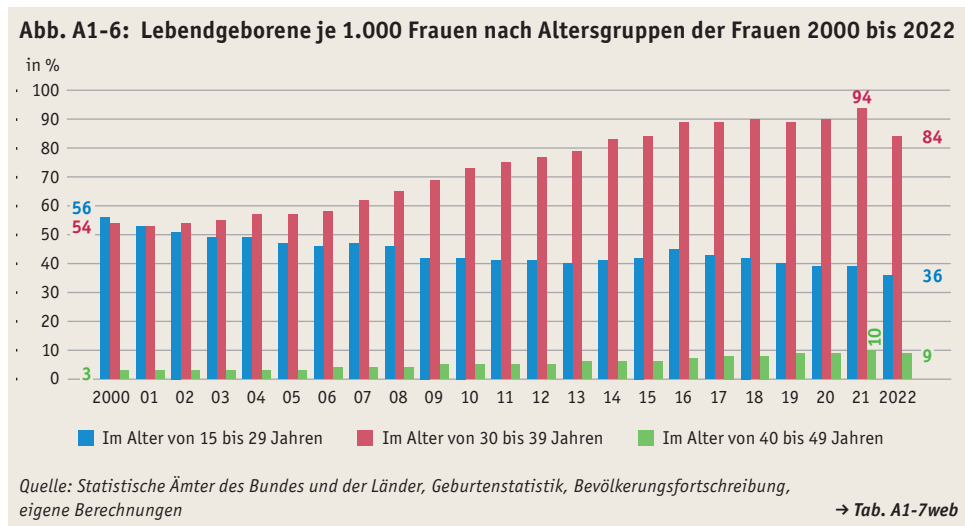
**Abb. A1-5: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau der Geburtskohorte 1973 bis 1977 nach Bildungsstand und Einwanderungsgeschichte 2022**

### Fertilität von Frauen korreliert mit Bildungsniveau

Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau steht deutlich stärker mit ihrem Bildungsniveau als mit ihrem Geburtsland in Zusammenhang. Die Frauen der Geburtsjahrgänge 1973 bis 1977 brachten durchschnittlich 1,6 Kinder zur Welt; dabei hatten Frauen ohne Einwanderungsgeschichte mit 1,5 Kindern je Frau eine geringere durchschnittliche Kinderzahl als Zuwanderinnen dieser Kohorte mit 2,0 Kindern je Frau (Abb. A1-5, Tab. A1-6web). Die Unterschiede bei der Zahl der geborenen Kinder gehen dabei überwiegend auf Frauen mit niedrigem Bildungsstand (weder Abitur noch abgeschlossene Berufsausbildung) zurück: So hatten Zuwanderinnen mit hohem Bildungsstand (Hochschulabschluss, Techniker- oder Meisterausbildung) durchschnittlich 1,6 Kinder und damit eine ähnliche durchschnittliche Kinderzahl wie Frauen ohne Einwanderungsgeschichte mit hohem Bildungsstand (1,5 Kinder). Bei Frauen mit niedrigem Bildungsstand waren diese Unterschiede dagegen mit 2,4 gegenüber 1,8 Kindern je Frau deutlich stärker ausgeprägt.

### Trend zur späteren Familiengründung hält an

Im Geburtenverhalten der letzten 4 Jahrzehnte zeigt sich deutlich ein Trend zur späteren Familiengründung, der auch eine Verkürzung der Zeitspanne, in der Frauen weitere Kinder zur Welt bringen können, nach sich zieht. In den letzten 20 Jahren stieg die Anzahl der Lebendgeburten je 1.000 Frauen im Alter von 40 bis unter 50 Jahren von 3 auf 9 (Abb. A1-6, Tab. A1-7web). Gründe für eine späte Mutterschaft werden etwa in der zunehmenden Ausbildungsdauer und, insbesondere im Westen Deutschlands, in der Erwerbsbeteiligung von Frauen gesehen, wodurch die Familiengründung in ein zunehmend höheres Alter verschoben wird (Hochgürtel, 2017).



**Methode Erläuterungen**

**Bevölkerungsvorausberechnung**  
 Die mit den Statistischen Landesämtern koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes beschreiben die künftige Größe und Struktur der Bevölkerung. Es werden verschiedene Varianten mit je unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung einzelner Einflussfaktoren berechnet. Die hier vorgelegten Zahlen stammen aus der 2022 vorgestellten 15. koordinierten Vorausberechnung, Variante 3: moderate Entwicklung bei hohem Wanderungssaldo; Geburtenhäufigkeit: Rückgang 2022, danach Anstieg bis 2032 auf das moderate Niveau von 1,55 Kindern je Frau; Lebenserwartung: moderater Anstieg bei Jungen auf 84,6 und bei Mädchen auf 88,2 Jahre; Wanderungssaldo: 0 400.000.

**Wanderungen, Zu- und Fortzüge**  
 Bei den Wanderungen wird zwischen Wohnsitzwechseln von Personen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung) und über Gemeindegrenzen hinweg (Binnenwanderung) unterschieden. Die Grundlage bilden die An- und Abmeldungen, die von den Meldeämtern der Länder nach den melderechtlichen Regelungen erfasst werden.

**Zusammengefasste Geburtenziffer**  
 Aufsummierte altersspezifische Geburtenziffern (Verhältnis aller Frauen eines Alters zu den von den Frauen dieses Alters im jeweiligen Kalenderjahr geborenen Kindern) für die 15- bis 49-jährigen Frauen. Die zusammengefasste Geburtenziffer bezeichnet die Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens erreichen würde, wenn ihr Geburtenverhalten dem der übrigen 15- bis 49-jährigen Frauen desselben Kalenderjahres entspräche.



## Wirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte haben direkte Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Ressourcen für Bildungsangebote. Das Wissen um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist eine wichtige Grundlage für eine realistische Einschätzung des Handlungsspielraums der Bildungspolitik.

### Wirtschaftliche Entwicklung

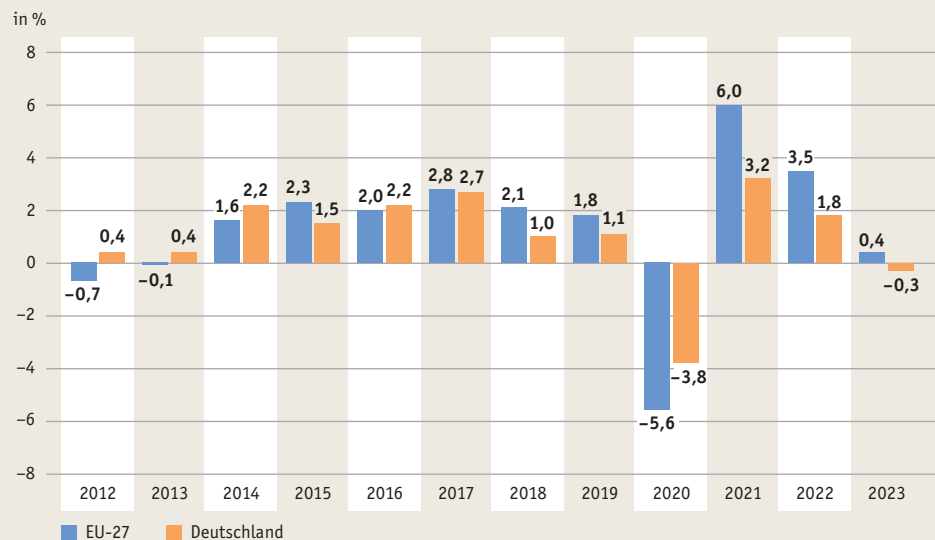
Ein wesentlicher Indikator zur Bewertung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und des Wohlstands einer Volkswirtschaft ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP)<sup>M</sup> oder das Wirtschaftswachstum, dargestellt durch die Veränderungsrate des preisbereinigten BIP. Mit einem preisbereinigten Rückgang des BIP um 3,8 % rutschte die deutsche Wirtschaft im Zuge der Corona-Pandemie im Jahr 2020 erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 in eine Rezession. Trotz des gesunkenen Wirtschaftswachstums schnitt Deutschland im Vergleich der EU-27-Staaten<sup>G</sup> 2020 gesamtwirtschaftlich noch überdurchschnittlich ab (EU-27-Staaten: -5,6 %). Seitdem wuchs die deutsche Wirtschaft allerdings unterdurchschnittlich: So erwirtschaftete Deutschland 2021 im Mittel ein preisbereinigtes Wachstum von 3,2 % (EU-27-Staaten: 6,0 %) und 2022 von 1,8 % (EU-27-Staaten: 3,5 %). Die Erholung der deutschen Wirtschaft setzte sich allerdings nicht fort; erste Berechnungen zeigen sogar einen leichten Rückgang des Wirtschaftswachstums im Jahr 2023 (Abb. A2-1, Tab. A2-1web).

Für Deutschland insgesamt liegt das BIP 2023 bei 4.121 Milliarden Euro – dies entspricht etwas mehr als 49.000 Euro pro Einwohner:in. Mit 24,3 % verzeichnet Deutschland 2022 den größten Anteil eines einzelnen Landes am Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union. Um die Wirtschaftsleistung trotz vorhandener Preisniveau-Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten der EU vergleichen zu können, wird eine „künstliche Währung“ verwendet. Dabei entspricht ein Kaufkraftstandard (KKS)<sup>M</sup> der durchschnittlichen Kaufkraft eines Euro in den EU-27-Staaten. 2023 liegt Deutschland mit etwa 43.000 KKS pro Kopf deutlich über dem EU-Durchschnitt von

**Zunächst Aufschwung  
der deutschen  
Wirtschaft nach der  
Corona-Pandemie,  
aber im EU-Vergleich  
verhalten**

**Deutschland größte  
Volkswirtschaft der  
Europäischen Union**

Abb. A2-1: Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach Ländern 2012 bis 2023 in %



Quelle: Eurostat

→ Tab. A2-1web



rund 38.000 KKS. Das höchste BIP pro Kopf in der EU verzeichnet 2023 Luxemburg mit über 90.000 KKS (**Tab. A2-2web**).

Innerhalb Deutschlands ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit regional unterschiedlich stark ausgeprägt. Das BIP je Einwohner:in liegt 2023 im Gebiet von Ostdeutschland (mit Berlin) bei 82,7 % des Bundesdurchschnitts, in Westdeutschland beträgt es 104,2 % (**Tab. A2-3web**). Der Unterschied zwischen dem wirtschaftsstärksten Land Hamburg (167,2 %) und dem wirtschaftsschwächsten Land Thüringen (73,3 %) beträgt rund 43.000 Euro pro Kopf. Das Gefälle zwischen West und Ost sowie Süd und Nord ist Ausdruck von bestehenden regionalen Unterschieden in den Wirtschaftsstrukturen und der ungleichen Verteilung sehr großer Unternehmen. Damit wird auch langfristig von regionalen Differenzen auszugehen sein. Dies hat Auswirkungen vor allem auf die finanzielle Situation der Länderhaushalte und folglich auch auf die Höhe der Ressourcen, die von den Ländern für das Bildungswesen aufgewendet werden können.

Das BIP besteht fast zur Hälfte aus Konsumausgaben, die damit ein wichtiger Faktor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sind. Das Konsumverhalten privater Haushalte ist in Deutschland stark von der Inflation beeinflusst. Nach einem sehr starken Anstieg um 11,0 % im Jahr 2022 steigen die Konsumausgaben in jeweiligen Preisen 2023 weiterhin deutlich (5,6 %); preisbereinigt beträgt der Anstieg hingegen -0,8 %. Im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit liegt das Konsumverhalten preisbereinigt noch leicht unter dem Niveau von 2019 (**Tab. A2-4web**).<sup>M</sup>

Die gesamtwirtschaftliche Lage ist 2023 geprägt durch die Folgen des Krieges in der Ukraine und die in vielen Bereichen historisch stark gestiegenen Preise. In der EU erreicht die jährliche Inflationsrate<sup>M</sup> 2022 mit 9,2 % das höchste jemals gemessene Niveau; im Vergleich zu 2021 (2,9 %) hat sich der Wert mehr als verdreifacht, 2023 beträgt sie 6,4 %. In Deutschland liegt die durchschnittliche Inflationsrate im Jahr 2022 bei 8,7 % (2021: 3,2 %) und sinkt 2023 leicht auf weiterhin hohe 6,0 %. Der Einfluss der Inflation auf die Gesamtwirtschaft zeigt sich in der nominalen Wirtschaftsleistung Deutschlands: Das zum aktuellen Marktpreis bewertete BIP, das die Preisentwicklung nicht berücksichtigt, steigt 2023 mit 6,3 % deutlich stärker als das preisbereinigte BIP (-0,3 %).

## Finanzsituation der öffentlichen Haushalte

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben ist der Staat auf die ihm zur Verfügung stehenden Einnahmen angewiesen; den größten Anteil (knapp 90 %) bilden dabei Einnahmen aus Sozialbeiträgen und Steuern (**Tab. A2-5web**). Das Einnahmenvolumen hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich erhöht. Im Jahr 2022 liegt es bei rund 1.821,2 Milliarden Euro, was gegenüber dem Vorjahr einem Plus von 6,3 % entspricht. Stetig gestiegen sind auch die Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts<sup>M</sup>: Von 2021 zu 2022 erhöhten sie sich um 4,1 % auf 1.918,1 Milliarden Euro.

Den größten Anteil an den Nettoausgaben hat der Bereich *Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik* mit 56,8 %, darin enthalten sind etwa bildungsrelevante Ausgaben für den Bereich *Kindertagesbetreuung*<sup>G</sup> nach SGB VIII. Die in diesem Bereich zu verzeichnenden Nettoausgaben stiegen 2018 – dem aktuellen Berichtsjahr – im Vergleich zum Vorjahr um 8,6 % auf 33,8 Milliarden Euro (**Abb. A2-2**).

Die Ausgaben für den Bereich *Bildung* stiegen zwischen 2013 und 2018 um 15,9 % auf 118,7 Milliarden Euro (**Tab. A2-6web**). Der Anteil der Bildungsausgaben an den Nettoausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts reduzierte sich im Vergleichszeitraum um 0,2 Prozentpunkte, im Jahr 2018 betrug er 8,3 % (vgl. **B3**).

Der Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts, berechnet aus der Differenz zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben, liegt 2022 bei -96,9 Mil-

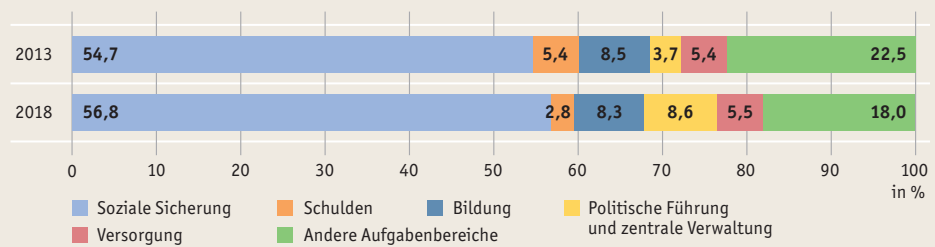
**Markante regionale Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit**

**Konsumausgaben leicht unter Niveau von 2019**

**Wirtschaft geprägt durch Inflation und Krieg in der Ukraine**

**Stetig steigende öffentliche Ausgaben**

**Bildungsausgaben liegen bei 8,3 % der öffentlichen Gesamtausgaben**

**Abb. A2-2: Bereinigte Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts 2013 und 2018 nach Aufgabenbereichen (in %) \***

\* Die zugrunde liegenden Mengen der Berichtseinheiten der Jahre 2013 und 2018 können sich aufgrund von Neuzugängen/Abgängen oder Wechseln von Einheiten zwischen den einzelnen Teilbereichen des Öffentlichen Gesamthaushalts unterscheiden.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Rechnungsergebnisse der Kern- und Extrahaushalte des Öffentlichen Gesamthaushalts 2013, 2018

→ Tab. A2-6web

### Schuldenstand über EU-Grenzwert

liarden Euro und ist damit im 3. Jahr in Folge negativ (Tab. A2-5web). Um die staatlichen Ausgaben zu finanzieren, wurden die erforderlichen Mittel überwiegend durch Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt gedeckt. Der Bruttogesamtschuldenstand von rund 2.368,0 Milliarden Euro im Jahr 2022 liegt mit 66,3 % des BIP über der gemäß den Bestimmungen des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts festgelegten Grenze von 60 % des BIP. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit immer noch deutlich unter dem Schnitt der EU-27-Staaten (84,0 %), wobei deren Schuldenstand von 18,4 % in Estland bis 171,3 % in Griechenland stark variiert (Tab. A2-7web).

Der hohe Bruttogesamtschuldenstand Deutschlands und die daraus resultierenden Sparzwänge führen zu einer Konkurrenzsituation zwischen den Teilbereichen der öffentlichen Haushalte und können den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand auch im Bildungsbereich verringern.

### Methodische Erläuterungen

#### Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das jährliche BIP lässt sich in jeweiligen Preisen oder preisbereinigt darstellen. Das BIP in jeweiligen Preisen wird sowohl von der Veränderung des Volumens als auch von der Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer preisbereinigten Berechnung wird der Einfluss der Preisentwicklung ausgeschaltet: Dabei werden alle Transaktionen in tiefer Gliederung mit spezifischen Preisindizes aus dem gesamten Datenangebot der Preisstatistiken deflationiert (bereinigt). Das preisbereinigte BIP wird auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) berechnet und anschließend verkettet. Die jährlichen Veränderungsdaten des preisbereinigten BIP lassen sich als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung betrachten.

#### Kaufkraftstandards (KKS)

Bei den KKS handelt es sich um eine künstliche Währung, um Preisniveau-Unterschiede zwischen den Mit-

gliedstaaten der EU zu berücksichtigen und eine bessere Vergleichbarkeit zu schaffen. Ein KKS entspricht der durchschnittlichen Kaufkraft eines Euro in der EU.

#### Inflationsrate

Die Inflationsrate wird auf EU-Ebene durch den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) bestimmt. Der HVPI misst die durchschnittliche Preisveränderung aller Waren und Dienstleistungen innerhalb einer bestimmten Zeitperiode.

#### Öffentlicher Gesamthaushalt

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit sowie die Sondervermögen von Bund und Ländern. Dargestellt werden die Nettoausgaben (Gesamtausgaben, bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen den Teilhaushalten).

# Erwerbstätigkeit

Zuletzt im Bildungsbericht 2022 als A3

A  
3

Die Erwerbstätigkeit hat einen wichtigen Anteil an der sozialen Einbindung in die Gesellschaft; eine Nichterwerbstätigkeit der Eltern wird daher auch als eine der 3 Risikolagen für die Bildungssituation der Kinder eingestuft (A4). Sie bildet zudem die wirtschaftliche Grundlage der Privathaushalte und schützt in der Regel vor einer Armutsgefährdung. Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt – und damit der Umfang der Erwerbstätigkeit – sind eng an die individuelle Qualifikation und familiäre Situation der Menschen sowie an die demografische und wirtschaftliche Entwicklung auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene gekoppelt. Derzeit ist die Fachkräftesicherung eine wachsende Herausforderung für den deutschen Arbeitsmarkt.

## Struktur der Erwerbsbevölkerung

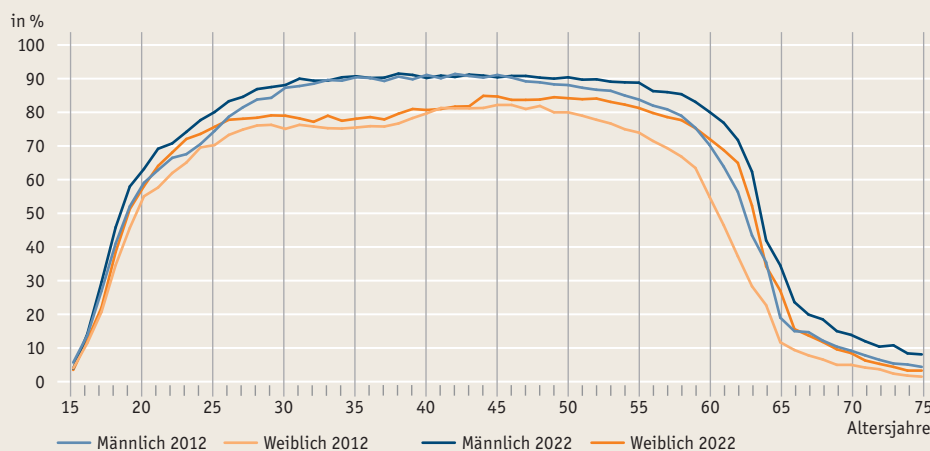
Die Struktur der Erwerbsbevölkerung hat sich im letzten Jahrzehnt erheblich verändert (vgl. auch Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2018, S. 30–33), wobei 2 Trends besonders herausstechen: Die Erwerbsbeteiligung der Frauen hat sich über alle Altersgruppen massiv erhöht und die Erwerbsbeteiligung im Alter hat deutlich zugenommen. Männer haben in allen Altersgruppen nach wie vor höhere Erwerbstätigenquoten, wobei die Differenz zu den Frauen innerhalb der letzten 10 Jahre weiter kontinuierlich abgenommen hat. In der Altersgruppe der 20- bis unter 25-Jährigen besteht beinahe ein Gleichstand. Ab diesem Alter beginnt die Familiengründungsphase, in der sich zwischen den Geschlechtern die größten Unterschiede (über 10 Prozentpunkte) zeigen, primär in der Altersgruppe der 30- bis unter 40-Jährigen. Dies weist darauf hin, dass Aufgaben der familialen Kinderbetreuung weiter vorrangig von den Frauen wahrgenommen werden und zulasten ihrer Erwerbstätigkeit gehen. Ab einem Alter von knapp 40 Jahren steigt die Erwerbsbeteiligung der Frauen zwar wieder an, bleibt jedoch deutlich unter der der Männer (A1, Abb. A3-1, Tab. A3-1web).

**Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten 10 Jahren weiter gestiegen**

Die neben der Erwerbsbeteiligung von Frauen vielleicht wichtigste Stellschraube für die Sicherung der Arbeitskräfteversorgung ist, ältere Menschen länger im Erwerbsleben zu halten. Die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze für die gesetzliche Rente auf 67 Jahre seit 2012 und günstige Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt durch die angespannte Fachkräftesituation führten dazu, dass die Erwerbstätigenquote der Personen ab 55 Jahren für beide Geschlechter 2022 einen Höchststand erreicht

**Ältere Menschen deutlich länger erwerbstätig ...**

**Abb. A3-1: Erwerbstätigenquote 2012 und 2022 nach Altersjahren und Geschlecht (in %)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, eigene Berechnungen

→ Tab. A3-1web

hat. Bei einer Betrachtung von Altersgruppen im 5-Jahres-Abstand war der stärkste prozentuale Anstieg der Erwerbstätigenquote in der älteren Bevölkerung durch die Anhebung der Regelaltersgrenze in der Altersklasse 65 bis unter 70 Jahre zu verzeichnen: Hier haben sich die Quoten innerhalb der letzten 10 Jahre mit einem Plus von 8 Prozentpunkten nahezu verdoppelt (2012: 11 %, 2022: 19 %). Aber auch in den Jahrgängen kurz vor der Regelaltersgrenze gab es bedeutende Zuwächse: So stieg die Erwerbstätigenquote der 55- bis unter 60-Jährigen von 75 % auf 82 %, die der 60- bis unter 65-Jährigen von 46 % auf 63 % (**Tab. A3-4web**).

... besonders bei  
höherem  
Bildungsstand

Die Erwerbstätigenquoten der älteren Bevölkerung korrelieren deutlich mit dem Bildungsstand: Im Jahr 2022 sind 57 % der 60- bis unter 65-jährigen Männer mit niedrigem Bildungsstand erwerbstätig, bei den Frauen 45 %; mit hohem Bildungsstand arbeiten demgegenüber noch 77 % der Männer dieser Altersgruppe, bei den Frauen 71 %. Erklärungsansätze für diese relativ markanten Unterschiede liegen in der höheren körperlichen Belastung in Berufen mit niedrigem Qualifikationsniveau und der Möglichkeit des abschlagsfreien Renteneintritts nach 45 Jahren Erwerbstätigkeit, wobei die Berufsausbildung bereits als Erwerbstätigkeit zählt. Auch jenseits der Regelaltersgrenze für den Renteneintritt ist fast jeder 10. über 70-jährige Mann mit hohem Bildungsabschluss **G** im Jahr 2022 noch erwerbstätig. Ob in dieser Altersgruppe Motive des Zuverdienstes oder eher der sozialen Einbindung im Vordergrund stehen, bleibt offen (**Abb. A3-1, Tab. A3-1web, Tab. A3-2web, vgl. auch I3**).

Potenzial der „stillen  
Reserve“ umfasst  
3 Millionen Personen

Die angespannte Fachkräftesituation ließe sich durch Aktivierung der „stillen Reserve“ abgemildern. Zur stillen Reserve gehören Personen ohne Arbeit, die zwar kurzfristig nicht für den Arbeitsmarkt verfügbar sind oder aktuell nicht aktiv nach Arbeit suchen, sich aber trotzdem Arbeit wünschen. Das Statistische Bundesamt gibt die stille Reserve für das Jahr 2022 mit 3,0 Millionen Nichterwerbspersonen im Alter von 15 bis 74 Jahren an. Wichtigster Grund der Nichterwerbstätigkeit für die 25- bis 59-Jährigen unter den 56 % Frauen in der stillen Reserve sind dabei familiäre Betreuungspflichten.

Zuwanderung als  
wichtiger Faktor zur  
Sicherung des  
Erwerbspersonen-  
potenzials

Die Erwerbspersonenvorausberechnung **M** des Statistischen Bundesamtes geht wegen des sukzessiven Renteneintritts der Babyboomer-Generation mittel- und langfristig auch in der optimistischsten Variante von einem Rückgang der Erwerbspersonen, also der Erwerbstätigen und Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen, für die 20- bis unter 67-Jährigen um 4 % bis zum Jahr 2040 aus. Auch bei einer zunehmenden Erwerbsorientierung, insbesondere von Frauen, und der Erhöhung der Regelaltersgrenze für den Renteneintritt kann der Rückgang der Erwerbspersonenzahl effektiv nur über Zuwanderung abgeschwächt werden (**A1**).

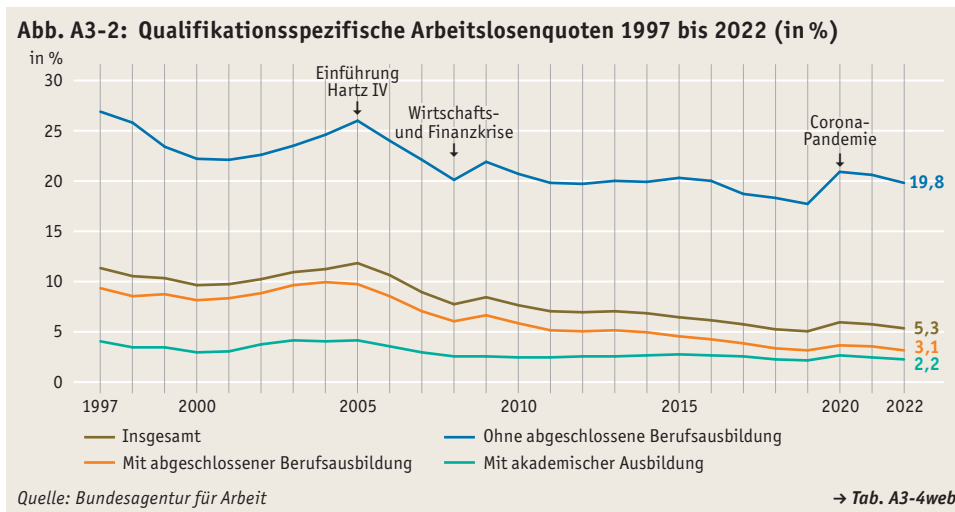
## Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Beschäftigung steigt  
nach der Pandemie  
wieder an

Der seit 2005 zu beobachtende kontinuierliche Beschäftigungszuwachs wurde 2020 durch die Corona-Pandemie unterbrochen und hat auch im Berichtsjahr 2022 den 2019 verzeichneten Höchststand von 45,1 Millionen Erwerbstätigen **M** noch nicht wieder erreicht: 2022 liegt die Zahl der Erwerbstätigen mit 42,5 Millionen immer noch um 2,6 Millionen Personen oder 8 % niedriger als im Jahr 2019. Gegenüber dem Vorjahr 2021 stieg die Zahl der Erwerbstätigen allerdings um 2,3 % oder knapp 1 Million (**Tab. A3-3web**).

Personen ohne  
Berufsausbildung  
deutlich häufiger  
arbeitslos ...

Die Bundesagentur für Arbeit registrierte für das Jahr 2022 durchschnittlich 2,4 Millionen Arbeitslose **M**: Die Arbeitslosenquote, der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, ging gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte auf 5,3 % zurück (**Tab. A3-4web**). Das individuelle Risiko, arbeitslos zu werden, ist nicht zuletzt von der formalen Qualifikation abhängig: Bei den Personen ohne Berufsabschluss liegt die Arbeitslosenquote ein Mehrfaches über der von Personen



mit beruflicher Qualifikation und ist zudem konjunkturellen Schwankungen stärker ausgesetzt. Im Jahr 2022 ist jede 5. Person ohne Berufsabschluss arbeitslos (19,8%); die niedrigste Arbeitslosenquote weist regelmäßig die Gruppe der Personen mit akademischer Ausbildung aus: Sie liegt im Jahr 2022 bei 2,2%, was Vollbeschäftigung entspricht. Die Arbeitslosenquote von beruflich Qualifizierten ist in den letzten Jahren lediglich geringfügig höher (Tab. A3-4web, Abb. A3-2, vgl. H4, I3).

Der demografische Wandel und die fortschreitende Digitalisierung spiegeln sich auch in Deutschland in einer Umstrukturierung der Wirtschaft wider (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2018, S. 30–33), wobei die hier erkennbaren Trends – wie bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit insgesamt – durch die wirtschaftlichen Effekte der Corona-Pandemie teilweise unterbrochen wurden. Sichtbar werden diese Entwicklungen auch an der veränderten Zahl der Beschäftigten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen (Abb. A3-3, Tab. A3-5web).

Die Entwicklung in den wichtigsten Wirtschaftszweigen zeigt für die letzten 10 Jahre einen stetigen Anstieg der Beschäftigtenzahl im *Gesundheits- und Sozialwesen*, der aber den aktuell und perspektivisch durch den demografischen Wandel steigenden Bedarf (A1) nicht annähernd abdeckt. Laut Mikrozensus nahm die Anzahl der Beschäftigten im Wirtschaftszweig *Erziehung und Unterricht* bis 2018 auf 3,0 Millionen zu, um während der Corona-Pandemie einzubrechen: Die Beschäftigtenzahl lag hier im Jahr 2020 mit 2,8 Millionen um 8,5% niedriger als im Jahr 2018, im Jahr 2022 ist sie immer noch um 6% niedriger. Stetig angewachsen sind die Beschäftigtenzahlen seit 2018 hingegen in den Wirtschaftszweigen *Information und Kommunikation*, *Energieversorgung* und *öffentliche Verwaltung*, die sich damit in dieser Hinsicht als ‚Krisengewinner‘ erwiesen haben (Abb. A3-3, Tab. A3-5web).

Auch als Folge des demografischen Wandels (A1) nahm innerhalb der letzten 5 Jahre der Anteil der Beschäftigten im Alter von 55 bis unter 70 Jahren unter allen Beschäftigten über alle Wirtschaftszweige hinweg zu, wobei der Bereich *Erziehung und Unterricht* die einzige Ausnahme bildet: Hier liegt der Anteil unverändert bei 22% und damit leicht unter dem Anteil über alle Wirtschaftszweige hinweg (25%) (vgl. B2, Tab. A3-6web).

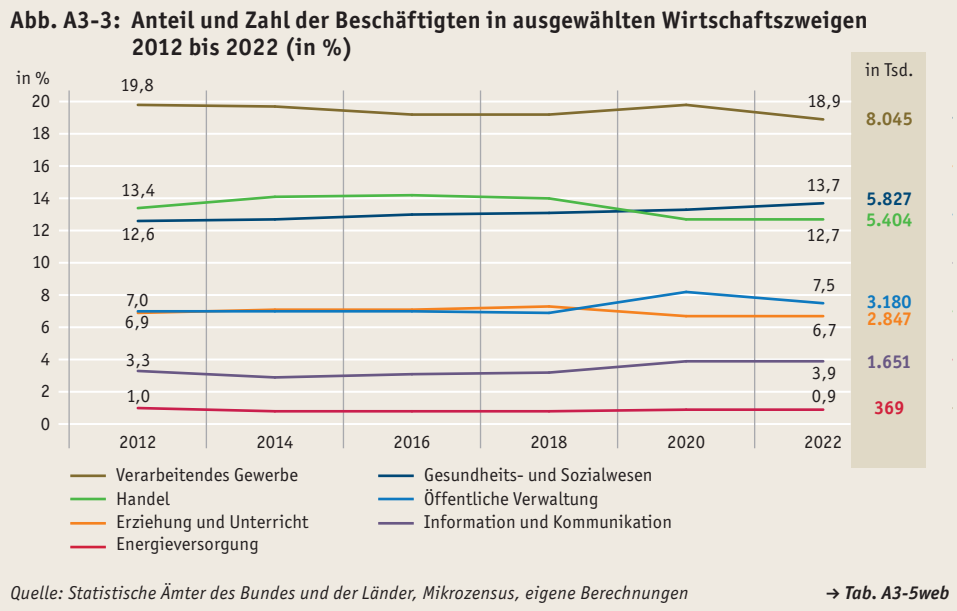
Die verstärkte Zuwanderung nach Deutschland seit 2015, noch einmal deutlich weiter angestiegen nach Beginn des Krieges in der Ukraine, kommt 2022 vor allem dem Gastgewerbe zugute (vgl. dazu auch E2): Gut 8% der Erwerbstätigen im Gastgewerbe sind neu Zugewanderte. Auch in den Wirtschaftszweigen *Verkehr und Logistik* sowie den *sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen* liegen die Anteile der neu Zugewanderten an

... und stärker von konjunkturellen Schwankungen betroffen

Während der Pandemie weniger Erwerbstätige im Bildungsbereich, langsame Erholung

Anteil älterer Beschäftigter im Bildungsbereich geringer als im Durchschnitt

Gastgewerbe profitiert am stärksten von seit 2015 neu zugewanderten Arbeitnehmer:innen



allen Beschäftigten inzwischen bei über 5 %. In vielen Wirtschaftszweigen sind die Zugangsmöglichkeiten jedoch aus formalen oder anderen Gründen erschwert, da etwa hohe Anforderungen an sprachliche Kompetenzen gestellt werden oder formale Bildungsabschlüsse zwingend erforderlich sind (vgl. H4). Im Wirtschaftszweig *Erziehung und Unterricht* etwa liegt der Anteil neu Zugewanderter an allen Beschäftigten bei 1,4 % und damit deutlich unter dem Durchschnitt aller Wirtschaftszweige (3,1 %). Gerade in diesem Sektor könnten auch die restriktiveren Anerkennungsverfahren bei den Berufsabschlüssen, etwa bei den Lehrkräften (vgl. D4), eine Rolle spielen, sodass er (noch) nicht von der verstärkten Einwanderung ab 2015 profitieren konnte (vgl. Tab. A3-6web).

### Familienbezogene Erwerbsstruktur

Die Betrachtung der innerfamiliären Erwerbskonstellationen gibt nicht nur Erklärungsansätze für die – siehe oben – deutlich heterogenere Erwerbsbeteiligung der Frauen über die ganze Erwerbsphase hinweg, sondern auch für das insgesamt komplexe Zusammenspiel von Erwerbstätigkeit und Familie. Zunächst wird individuell auf die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern eingegangen; im Anschluss wird das entsprechende Zusammenspiel in Paarfamilien beleuchtet, um auch diesbezügliche Abhängigkeiten innerhalb der Familien darzustellen.

#### Zwei Drittel der Frauen mit minderjährigen Kindern aktiv erwerbstätig

Von den Frauen mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt – im Folgenden kurz als „Mütter“ bezeichnet – sind 2022 in Deutschland 65 % realisiert erwerbstätig<sup>M</sup>. Weitere 10 % gelten zwar als erwerbstätig, sind aber unter anderem wegen Mutterschutz oder Elternzeit beurlaubt. Die Quote der Mütter mit realisierter Erwerbstätigkeit ist damit in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen: 2012 lag sie noch bei 60 %. Dennoch stehen die Mütter minderjähriger Kinder weiterhin deutlich seltener im Erwerbsleben als die Väter: Der Anteil der Väter mit realisierter Erwerbstätigkeit liegt 2022 bei 87 % (2012: 84 %). Erwerbstätig, aber beurlaubt, etwa im Rahmen der Inanspruchnahme von Elternzeit, sind 2022 5 % der Väter (2012: 9 %) (Tab. A3-7web, A4, vgl. auch C1).

Mit 65 % arbeiten zwei Drittel aller erwerbstätigen Mütter 2022 in Teilzeit<sup>M</sup>, bei den Vätern sind es lediglich 8 %. In den vergangenen 10 Jahren ist bei Vätern eine leichte Erhöhung, bei Müttern eine leichte Verminderung des Anteils der Teilzeitbeschäftigten um jeweils ca. 2 Prozentpunkte zu verzeichnen (Tab. A3-7web).



Die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit minderjährigen Kindern unterscheidet sich auch mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung deutlich zwischen Ost und West: 81 % aller Mütter in Ostdeutschland zählen 2022 zu den aktiv („realisiert“) oder beurlaubt Erwerbstätigen – knapp die Hälfte (48 %) arbeitet in Teilzeit. In den westdeutschen Bundesländern liegt die Erwerbstätigenquote bei Müttern mit 74 % deutlich darunter; zudem sind im Westen zwei Drittel (70 %) der erwerbstätigen Mütter (nur) in Teilzeit tätig (Tab. A3-7web). Dabei könnte das unterschiedlich ausgebaute Betreuungsangebot in Ost und West eine Rolle spielen (vgl. C2).

**Erwerbsneigung von Müttern mit minderjährigen Kindern im Osten deutlich höher**

Familie und Beruf lassen sich für Alleinerziehende <sup>G</sup> noch einmal schwieriger vereinbaren: Knapp 3 von 4 alleinerziehenden Müttern (72 %) und 83 % der alleinerziehenden Väter gehen einer Erwerbstätigkeit nach – bei alleinerziehenden Müttern liegt die Quote damit auf ähnlich hohem Niveau wie die Erwerbstätigenquote von Müttern insgesamt. Die Teilzeitquote in dieser Personengruppe beträgt bei alleinerziehenden Müttern 58 %, bei alleinerziehenden Vätern 15 %.

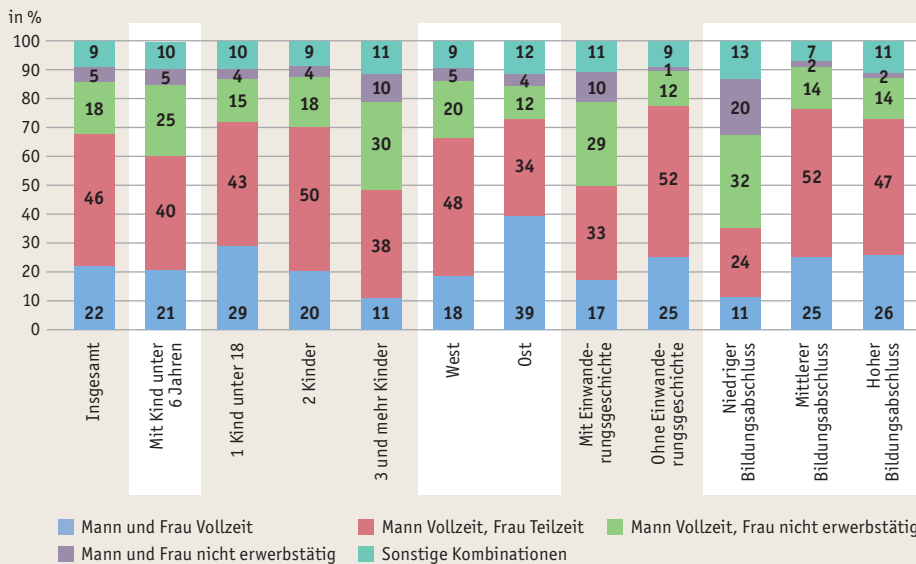
**In Paarfamilien meist Vater in Vollzeit und Mutter in Teilzeit beschäftigt**

In Paarfamilien sind Väter überwiegend vollzeiterwerbstätig (86 %), Mütter teilzeiterwerbstätig (51 %). 2022 leben die Elternteile in Paarfamilien mit 46 % am häufigsten die Konstellation, in der der Vater in Vollzeit und die Mutter in Teilzeit arbeitet. Bei Kindern unter 6 Jahren in der Familie wird das Modell von 40 % der Paarfamilien gelebt. In gut einem Fünftel der Familien (22 %) arbeiten beide Eltern in Vollzeit, in weiteren 25 % ist die Partnerin gar nicht erwerbstätig. Bei 3 und mehr Kindern in der Familie steigen die Anteile nichterwerbstätiger Mütter, aber auch Väter: Hier gehen in 10 % der Fälle weder Vater noch Mutter einer bezahlten Arbeit nach (Abb. A3-4, Tab. A3-8web).

Neben Anzahl und Alter der Kinder hat auch der Bildungsstand der Partner:innen einen erheblichen Einfluss auf die innerfamiliären Erwerbskonstellationen. Ein niedriger Bildungsstand geht oft mit Erwerbslosigkeit einher: Für Eltern von mindestens einem Kind unter 18 Jahren gilt: Haben beide Elternteile einen niedrigen Bildungsstand, sind in jedem 5. Fall (20 %) beide, in 39 % der Fälle nur die Frau erwerbslos.

**Erwerbskonstellationen in Familien stark vom Bildungsstand abhängig**

**Abb. A3-4: Erwerbskonstellationen in Paarfamilien\* mit Kindern unter 18 Jahren 2022 nach Alter des jüngsten Kindes, Region, Einwanderungsgeschichte des Vaters und Bildungsstand der Eltern (in %)**



\* Betrachtet werden Familienformen (ohne gleichgeschlechtliche Partnerschaften), in denen beide Partner zwischen 15 und 64 Jahren alt sind und mindestens ein lediges Kind in der Familie lebt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, eigene Berechnungen → Tab. A3-8web, Tab. A3-9web



Bereits ein mittlerer Bildungsstand verbessert die Situation erheblich: In Familien, in denen beide Partner:innen eine Berufsausbildung oder die Hochschulreife haben, sind in lediglich 2 % der Fälle beide erwerbslos; in einem Viertel (25 %) der Fälle sind beide Partner:innen in Vollzeit tätig, in der Hälfte (52 %) der Fälle ist der Mann in Vollzeit und die Frau in Teilzeit tätig. In Familien mit hohem Bildungsstand beider Elternteile ist die Situation ähnlich (**Abb. A3-4, Tab. A3-9web**).

## Homeoffice

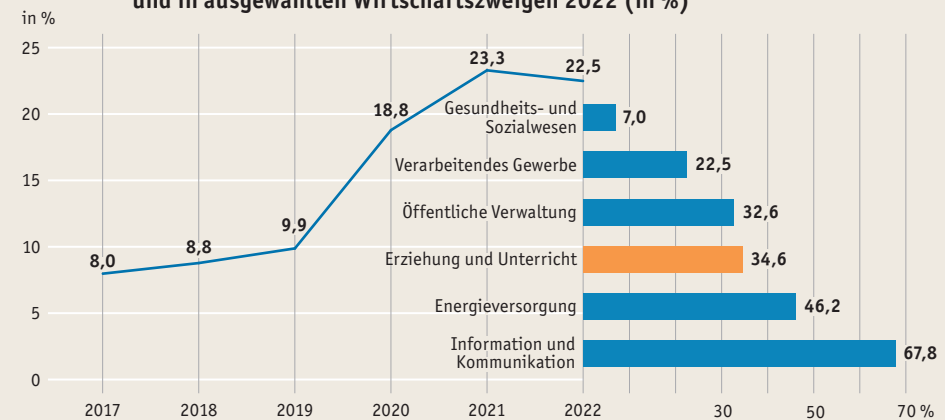
### Homeoffice wird zur Normalität

Die Möglichkeit, zumindest einen Teil der Arbeitszeit im Homeoffice zu arbeiten, wird als zunehmend wichtiger Faktor für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie als Attraktivitätsfaktor gerade für Personen mit langen Arbeitswegen wahrgenommen. Während in den Jahren vor der Corona-Pandemie nur ein sehr moderater Anteil an Erwerbstätigen Homeoffice nutzen konnte, kam es ab dem Jahr 2020 zu einem sprunghaften Ausbau und der verstärkten Nutzung des Homeoffice: Im Jahr 2021 arbeitete ein Viertel der Erwerbstätigen zumindest zeitweise von zu Hause aus. Die Nutzung des Homeoffice ging auch nach der Pandemie im Jahr 2022 nur unwesentlich zurück.

### Erhebliche Unterschiede in der Homeoffice-Nutzung zwischen den Wirtschaftszweigen

In den einzelnen Wirtschaftszweigen ist die Arbeit aus dem Homeoffice sehr unterschiedlich verbreitet. 2022 beträgt der Anteil von Homeoffice – hier: Anteil der Erwerbstätigen, die in den letzten 4 Wochen mindestens einmal von zu Hause aus gearbeitet haben – im Wirtschaftszweig *Erziehung und Unterricht* 35 %, wobei dazu auch die Unterrichtsvorbereitung von Lehrer:innen zählt. Den höchsten Anteil von Homeoffice bei abhängig Beschäftigten gibt es mit 68 % im Wirtschaftszweig *Information und Kommunikation*. Sicherlich nicht zuletzt aufgabenbedingt bildet das andere Extrem der Wirtschaftszweig *Gesundheitswesen* mit lediglich 7 % der Beschäftigten, die das Homeoffice nutzen (**Abb. A3-5, Tab. A3-10web**).

**Abb. A3-5: Anteil der abhängig Beschäftigten mit Homeoffice 2017 bis 2022 und in ausgewählten Wirtschaftszweigen 2022 (in %)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ Tab. A3-10web

## **M**ethodische Erläuterungen

### **(Realisierte) Erwerbstätigkeit, Erwerbsbeteiligung, Voll- und Teilzeittätigkeit**

Vgl. auch Glossar: *Erwerbsstatus nach ILO-Konzept*. *Realisiert* erwerbstätig sind alle Personen, die nach den Vorgaben der Internationalen Arbeitsorganisation als erwerbstätig gezählt werden und ihre Tätigkeit nicht wegen Mutterschutz oder Elternzeit unterbrochen haben. Die Grenze zwischen Voll- und Teilzeittätigkeit wird für die hier vorgenommenen Analysen bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 32 Stunden definiert. Personen in Elternzeit oder Mutterschutz gelten im Sinne der ILO-Definition als erwerbstätig, aber beurlaubt.

### **Erwerbspersonenvorausberechnung 2020**

Der Gegenstand der Vorausberechnung sind Erwerbspersonen nach dem *ILO-Konzept*. Die Ergebnisse liegen bis zum Jahr 2060 vor. Die 6 Varianten zeigen die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl bei verschiedenen Annahmen zum Wanderungssaldo und zum Erwerbsverhalten. Alle Varianten gehen von der gleichen mo-

deraten Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und der Lebenserwartung aus (siehe Statistisches Bundesamt, 2020).

### **Arbeitslose, Arbeitslosenquote**

*Arbeitslose* sind Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, eine mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind. Zudem müssen sie in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, dürfen nicht jünger als 15 Jahre sein, müssen die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben und sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben. Schüler, Studenten oder Teilnehmende an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos.

# Familien- und Lebensformen

Der erste und oft wesentliche Ort für die Sozialisation und Persönlichkeitsbildung von Kindern ist die Familie (vgl. C1). Auch sind in Deutschland die bildungsrelevanten Ressourcen der Familie für die Bildungserfolge der Kinder nach wie vor ein entscheidender Faktor. Dargestellt wird zunächst, in welchen Familienformen Kinder aufwachsen. Daran schließt sich eine Analyse der Risikolage formal gering qualifizierter Eltern, der sozialen und der finanziellen Risikolage an, deren Vorliegen einen negativen Einfluss auf die Bildungschancen der Kinder zeitigen kann.

## Familienformen

**Unterschiedliche Familienstrukturen in Ost- und Westdeutschland**

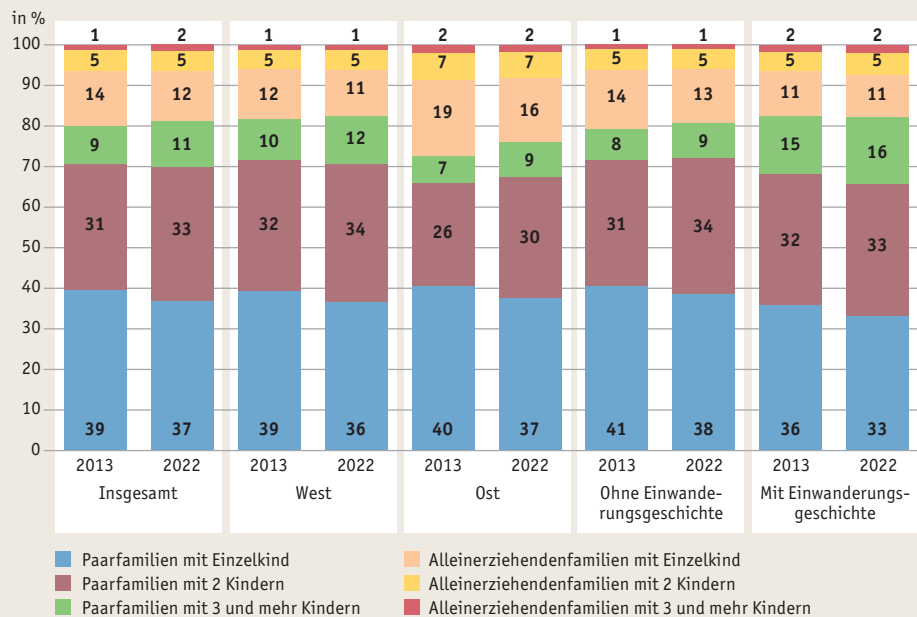
Aktuell lebt die Hälfte (49 %) der Bevölkerung in Deutschland in Familien mit Kindern. Hinsichtlich der Lebens- und Familienformen M zeigt sich immer noch ein markanter Unterschied zwischen den beiden Landesteilen: Während in Westdeutschland rund 50 % der Bevölkerung in einem Familienzusammenhang mit Kindern leben, sind es in Ostdeutschland 44 %. Gründe für diesen Unterschied liegen in Faktoren wie dem Geburtenrückgang in Ostdeutschland in den frühen 1990er-Jahren mit der Folge einer verkleinerten Elterngeneration (Echoeffekt) sowie dem innerdeutschen Wanderungsverhalten in den Nachwendejahren (A1, Tab. A4-1web).

**Ehepaare mit Kindern weiterhin häufigste Familienform**

Auch im Heiratsmuster unterscheiden sich West- und Ostdeutschland: In zwei Dritteln (69 %) der Familien mit minderjährigen Kindern leben die Eltern als Ehepaar zusammen. In Westdeutschland ist diese Form des Zusammenlebens mit rund 73 % stärker verbreitet als in Ostdeutschland mit 54 %: Dort leben Familien häufiger in nichtehelichen Lebensgemeinschaften (22 % gegenüber 10 % in Westdeutschland) oder in Alleinerziehendenfamilien G (24 % gegenüber 18 %), wobei vor allem in Ostdeutschland ein gegenüber 2013 deutlicher Rückgang dieser Familienform zu verzeichnen ist. Im Vergleich der Länder fallen außerdem die Stadtstaaten mit höheren Anteilen von Alleinerziehendenfamilien auf. In Westdeutschland hat sich der Anteil der verheirate-

**Jede 5. Familie ist Alleinerziehendenfamilie**

**Abb. A4-1: Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Deutschland 2013 und 2022 nach Familienform, Einwanderungsgeschichte und Ländergruppe (in %)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus M, eigene Berechnungen

→ Tab. A4-2web

ten Elternpaare in den letzten 9 Jahren praktisch nicht verändert, in Ostdeutschland stieg er leicht. Hat die Bezugsperson der Familie (erhebungstechnisch bedingt der Vater, bei gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften der oder die ältere Partner:in) eine Einwanderungsgeschichte **G**, beträgt der Anteil verheirateter Eltern aktuell 75 % und liegt damit 8 Prozentpunkte über dem bei Familien ohne Einwanderungsgeschichte der Bezugsperson. Innerhalb der letzten 9 Jahre ist der Anteil der Ehepaare mit 2 und mehr Kindern deutschlandweit von 37 % auf 40 % angestiegen, der Anteil der Ehepaare mit lediglich einem Kind ist im selben Zeitraum um 3 Prozentpunkte auf 29 % im Jahr 2022 gefallen. Die höchsten Anteile an Familien mit 3 und mehr Kindern gibt es nach wie vor in der Bevölkerungsgruppe mit Einwanderungsgeschichte (**Abb. A4-1, Tab. A4-2web, Tab. A4-3web**).

Knapp die Hälfte (48 %) der jungen Erwachsenen im Ausbildungs- und Studienalter von 18 bis 27 Jahren wohnt weiter im elterlichen Haushalt, junge Männer mit 53 % häufiger als junge Frauen (43 %). In Westdeutschland liegen die Anteile um jeweils über 10 Prozentpunkte höher als in Ostdeutschland. 68 % der 18- bis unter 28-Jährigen mit jeweils 2 zugewanderten Elternteilen wohnen noch bei den Eltern (**Tab. A4-1web**). Tiefergehende Analysen legen nahe, dass diese ‚Nesthocker‘ öfter noch die Schule besuchen oder sich in Ausbildung befinden als gleichaltrige Personen mit eigenem Haushalt, wobei bei Letzteren Hochschulausbildung und Promotionsstudium häufiger zu finden sind. Wichtige Faktoren für diese Entwicklung könnten die in den letzten Jahren gestiegenen Kosten sowie der in vielen Regionen deutlich angespanntere Wohnungsmarkt sein.

**Junge Männer leben häufiger noch im elterlichen Haushalt als junge Frauen**

## Kinder aus Familien mit Risikolagen

Rahmenbedingungen für Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern lassen sich anhand einiger Strukturmerkmale ihres direkten Umfeldes in der Familie beschreiben, etwa des formalen Bildungsstands der Eltern, des sozioökonomischen Status der Familie sowie der elterlichen Erwerbsbeteiligung (vgl. auch **H2**). Dabei ist zu konstatieren, dass in Deutschland ein nach wie vor gerade im internationalen Vergleich enger Zusammenhang zwischen familialen Lebensverhältnissen, Bildungsbeteiligung sowie Zertifikats- und Kompetenzerwerb nachweisbar ist (vgl. **B4, C1, D2, D7, F2, H6, I1, OECD, 2023c**).

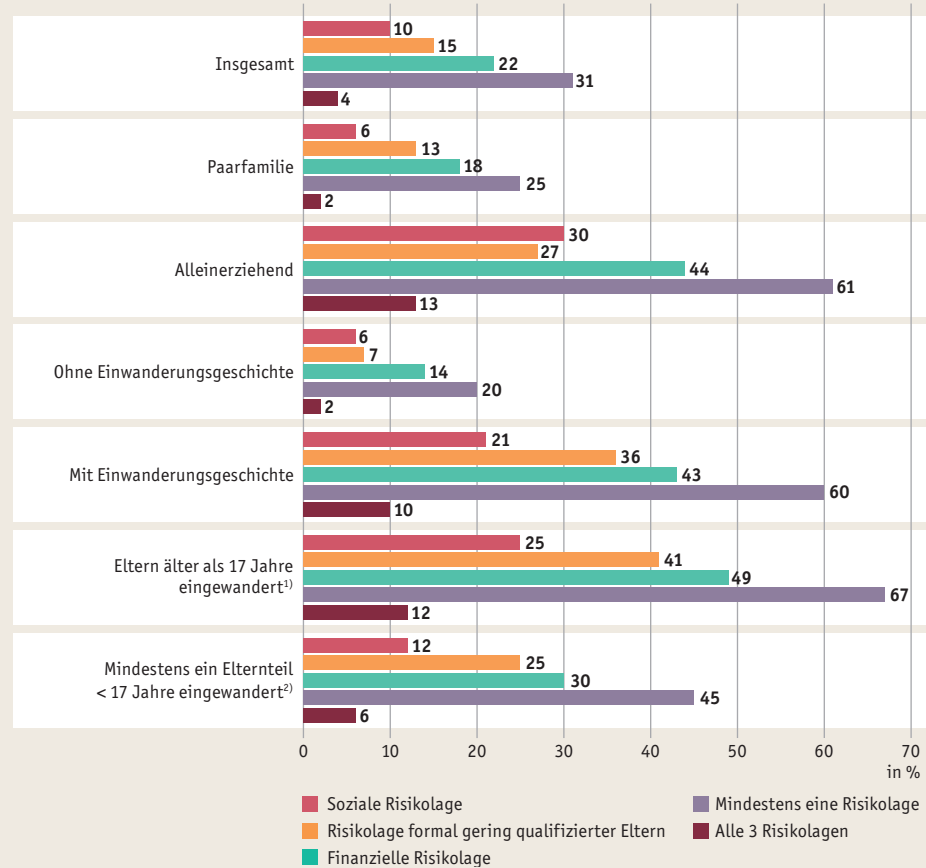
Zur Operationalisierung dieser Rahmenbedingungen werden 3 Risikolagen betrachtet: die *Risikolage formal gering qualifizierter Eltern*, die *soziale* sowie die *finanzielle Risikolage*. In Deutschland sind 2022 31 % und damit fast jedes 3. Kind unter 18 Jahren von mindestens einer dieser Risikolagen betroffen, 4 % von allen 3 Risikolagen gleichzeitig (**Abb. A4-2, Tab. A4-4web, Tab. A4-5web**).

Die *Risikolage formal gering qualifizierter Eltern* (auch: ‚Risiko des bildungsfernen Elternhauses‘) liegt dann vor, wenn alle Elternteile im Haushalt einen Bildungsstand unter ISCED 3 haben, also weder über eine Hochschulreife noch über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Typische Folge dieser Risikolage kann die fehlende Unterstützungsmöglichkeit für die Kinder in schulischen Belangen sein. 2022 wachsen 15 % aller Kinder in Deutschland in dieser Risikolage auf (2013: 11 %), (**Abb. A4-2, Tab. A4-4web, Tab. A4-5web**). Das Risiko verdoppelt sich von 9 % bei 1 oder 2 Kindern in der Paarfamilie auf 23 %, wenn 3 und mehr Kinder in der Paarfamilie leben (**Tab. A4-6web**). Kinder in Alleinerziehendenfamilien sind mit 27 % überproportional häufig von dieser Risikolage betroffen (**Tab. A4-4web, Tab. A4-5web**).

**Anteil der Kinder aus formal gering qualifizierten Elternhäusern angestiegen**

Nach wie vor wächst mit 10 % jedes 10. Kind trotz der insgesamt guten Arbeitsmarktsituation (**A3**) in einer Familie auf, in der kein Elternteil erwerbstätig ist (2013: 9 %). In diesen Fällen liegt eine *soziale Risikolage* vor, von der ein Drittel dieser Kinder auch längerfristig betroffen ist (vgl. Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung,

**Jedes 10. Kind hat Eltern, die nicht erwerbstätig sind**

**Abb. A4-2: Risikolagen der unter 18-Jährigen 2022 nach Familienform und Einwanderungsgeschichte (in %)**


1) Alle Elternteile in der Familie eingewandert, kein Elternteil war bei der Einwanderung nach Deutschland jünger als 17 Jahre.

2) Alle Elternteile in der Familie eingewandert, mindestens ein Elternteil war bei der Einwanderung nach Deutschland jünger als 17 Jahre.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, eigene Berechnungen → Tab. A4-4web, Tab. A4-5web

2022, S. 47–48). Eine typische Folge für die unter der Belastung dieser Risikolage aufwachsenden Kinder ist der fehlende Zugang zu Netzwerken, die auf der Erwerbstätigkeit der Eltern basieren und den Kindern einen erleichterten Zugang zu Hilfen, Anerkennung und Kontakten bis hin zum Finden von Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen bieten können. Zudem ist davon auszugehen, dass die Erwerbstätigkeit der Eltern eine Vorbildfunktion für die Kinder hat. Kinder in Alleinerziehendenfamilien sind mit 30 % öfter als Kinder in Paarfamilien (6 %) von dieser Risikolage betroffen. Das Risiko wächst auch hier mit der Anzahl der Kinder in der Familie: Bei Paarfamilien mit einem Kind unter 18 Jahren beträgt es 4 % und steigt auf 11 % bei 3 und mehr Kindern; bei Alleinerziehendenfamilien mit einem Kind liegt es bei 23 % und steigt auf 50 % bei 3 und mehr Kindern. Gerade bei Alleinerziehendenfamilien liegt eine mögliche Erklärung in der prekären Betreuungssituation (**Abb. A4-2, Tab. A4-4web, Tab. A4-5web, Tab. A4-6web**).

**Anteil armutsgefährdeter Kinder weiter sehr hoch, insbesondere in Alleinerziehendenfamilien**

Mehr als jedes 5. Kind in Deutschland ist aktuell von einer *finanziellen Risikolage* betroffen und lebt damit unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze . Gegenüber 2013 ist der Anteil der von dieser Risikolage betroffenen Kinder in Deutschland von 19 % auf 22 % gestiegen; damit handelt es sich um die am häufigsten anzutreffende Risikolage. Wieder ist hier ein deutlicher Zusammenhang mit der Anzahl der Kinder in der Fami-

lie festzustellen: Kinder in Paarfamilien mit 3 und mehr Kindern sind etwa 3-mal so oft (2022: 35 %) von der finanziellen Risikolage betroffen wie solche in Paarfamilien mit 1 oder 2 Kindern (2022: 9 % resp. 12 %). Einzelkinder in Alleinerziehendenfamilien sind zu 36 % armutsgefährdet, bei 3 und mehr Geschwisterkindern steigt das Risiko hier auf 61 % (**Abb. A4-2, Tab. A4-4web, Tab. A4-5web, Tab. A4-6web**).

Je nach Familienkonstellation und Einwanderungsgeschichte sind bildungsbezogene Risiken in unterschiedlichem Ausmaß zu finden. In Paarfamilien und Familien ohne Einwanderungsgeschichte der Bezugsperson leben mehr als drei Viertel aller Kinder ohne jedes bildungsbezogene Risiko (75 % resp. 80 %). Kinder in Alleinerziehendenfamilien und Familien mit Einwanderungsgeschichte der Bezugsperson sind nur zu 39 % resp. 40 % frei von bildungsbezogenen Risiken. Immerhin ist die Zahl der Kinder, die von mindestens einer bildungsbezogenen Risikolage betroffen sind, aus Alleinerziehendenfamilien, aber auch aus Familien ohne Einwanderungsgeschichte im Zeitverlauf von 2005 bis 2022 um 5 resp. 6 Prozentpunkte zurückgegangen (**Tab. A4-5web**).

Insbesondere Kinder aus Familien mit Einwanderungsgeschichte erleben überproportional häufig eine oder mehrere bildungsbezogene Risikolagen, so sind knapp zwei Drittel aller Kinder mit türkischer (60 %), afrikanischer (64 %) oder asiatischer Herkunft (61 %) mindestens einer bildungsbezogenen Risikolage ausgesetzt. Kinder mit einer Herkunft aus einem der 27 Staaten der Europäischen Union sind im Vergleich deutlich seltener, aber immer noch überdurchschnittlich häufig betroffen (39 %). Die Unterschiede zwischen Kindern aus Familien mit und ohne Einwanderungsgeschichte sind beim Risiko formal gering qualifizierter Eltern und bei der finanziellen Risikolage mit jeweils 29 Prozentpunkten (36 % vs. 7 % bzw. 43 % vs. 14 %) am höchsten (**Tab. A4-5web**).

### Kinder in kumulierten Risikolagen

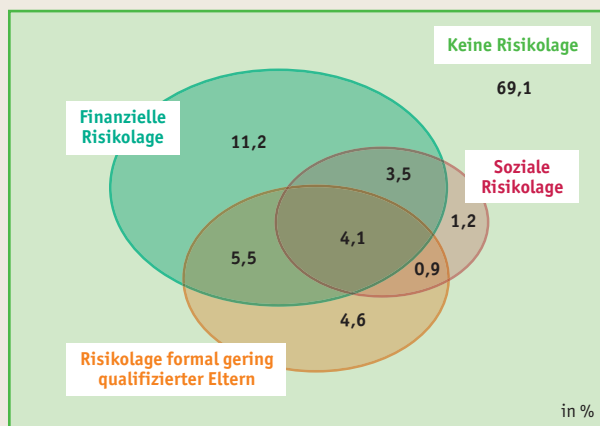
Es ist davon auszugehen, dass die mit Risikolagen verbundenen Herausforderungen und Hindernisse für Kinder in Bezug auf erfolgreiche Bildungsteilnahme umso schwerwiegender werden, je mehr Risikofaktoren sich anhäufen. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, welche Risikolagen oft zusammen auftreten (**Abb. A4-3, Tab. A4-7web**).

Zwei Drittel aller Kinder sind von keiner der 3 bildungsbezogenen Risikolagen betroffen. 17 % der Kinder leben mit genau 1 Risikolage und 10 % mit genau 2 Risikola-

**Kinder in Paarfamilien und Familien ohne Einwanderungsgeschichte seltener von Risikolagen betroffen**

**Kinder mit Einwanderungsgeschichte sind besonders häufig bildungsbezogenen Risikolagen ausgesetzt**

**Abb. A4-3: Von bildungsbezogenen Risikolagen mehrfach betroffene Kinder unter 18 Jahren 2022 (in %)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, eigene Berechnungen

→ Tab. A4-7web

**Ein Drittel aller Kinder von mindestens einer bildungsbezogenen Risikolage betroffen**

gen; 4 % der Kinder wachsen unter der Belastung aller 3 Risikolagen auf. Jedes 10. Kind erlebt ausschließlich ein Armutsrisiko, wovor in diesen Fällen auch eine Erwerbstätigkeit der Eltern nicht zu schützen vermag. Bei Kombinationen von genau 2 Risiken tritt die Verbindung aus Armutsrisiko und dem Risiko formal gering qualifizierter Eltern mit 6 % am häufigsten auf. Dass Kinder von mehreren Risikolagen gleichzeitig betroffen sind, ist insgesamt nicht ungewöhnlich.

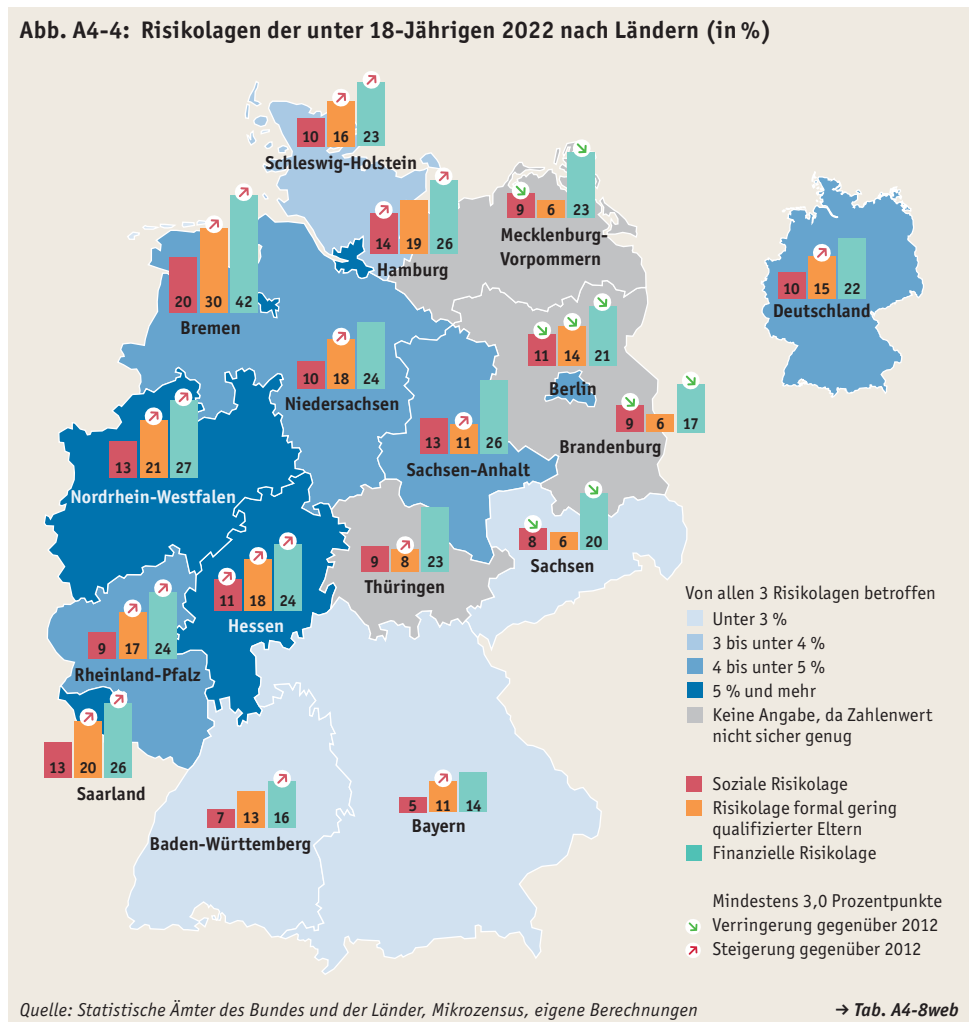
### Risikolagen regional

**Risikolagen regional stark unterschiedlich ausgeprägt**

Sehr heterogen stellen sich die Risikolagen im regionalen Vergleich dar. Der markante Ost-West-Unterschied bei der Risikolage formal gering qualifizierter Eltern – mit auffällig niedrigen Anteilswerten gerade in den ostdeutschen Flächenländern – ist zum Teil dem Nachhall des DDR-Bildungssystems zu verdanken, das nur wenige ohne einen Ausbildungsabschluss verlassen haben; auch spielt der im Osten niedrigere Bevölkerungsanteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die häufig einen geringeren formalen Bildungsstand haben, eine Rolle.

Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Schleswig-Holstein sowie die Stadtstaaten Hamburg und Bremen liegen bei allen Risikolagen über dem Bundesdurchschnitt, wenn auch teilweise nur knapp. Im Stadtstaat Bremen ist die Hälfte (52 %) der Kinder von mindestens einer Risikolage betroffen – deutlich häufiger als in Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-

Abb. A4-4: Risikolagen der unter 18-Jährigen 2022 nach Ländern (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, eigene Berechnungen

→ Tab. A4-8web



Pfalz, dem Saarland und Schleswig-Holstein, wo immer noch jeweils mehr als ein Drittel der Kinder unter der Belastung mindestens einer Risikolage lebt. In Bremen, dem Saarland, Hamburg, Nordrhein-Westfalen ist mehr als jedes 20. Kind von allen 3 Risikolagen betroffen (**Abb. A4-4, Tab. A4-8web**).

In der Gesamtbetrachtung herrscht nach wie vor die *finanzielle Risikolage* vor, wobei Kinder von Alleinerziehenden und Kinder von Eltern, die erst im Erwachsenenalter nach Deutschland zugewandert sind, die höchsten Anteile bei Bildungsrisiken aufweisen. Diese Familienkonstellationen sind in den Stadtstaaten häufiger anzutreffen. Darüber hinaus leben Familien mit Einwanderungsgeschichte der Bezugsperson vergleichsweise oft in den westdeutschen Flächenländern, sodass diese ebenfalls im regionalen Vergleich hervorstechen.

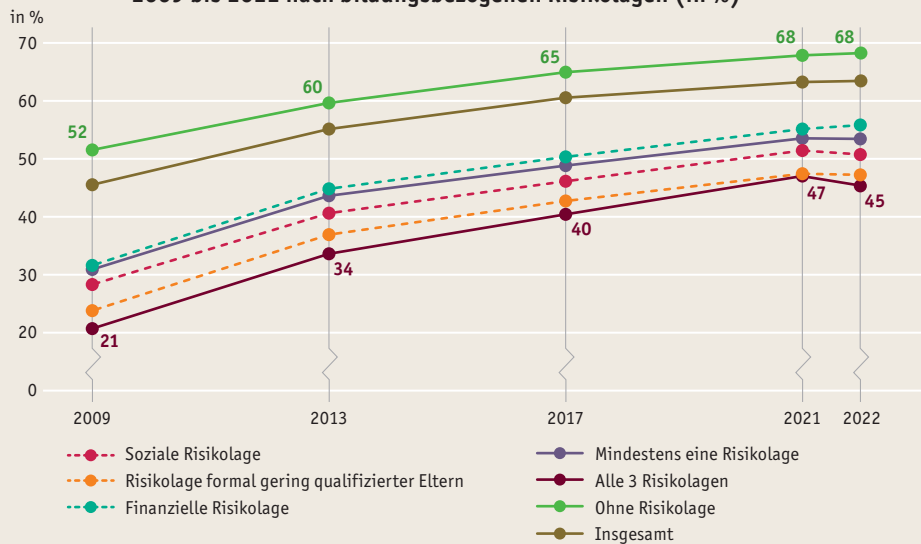
### Auswirkungen von Risikolagen auf die Art der besuchten Schule

Was die Risikolagen für den Bildungserfolg bedeuten, zeigt sich etwa im Anteil der 12- bis 19-Jährigen, die eine Schule besuchen, die potenziell zum Abitur oder Fachabitur führt. Dafür wurden Angaben zum Besuch der gymnasialen Oberstufe, eines Gymnasiums, einer Ober-, Gesamt- oder Waldorfschule oder beruflicher Schulen, die zur (Fach-)Hochschulreife führen, sowie eine bereits vorliegende (Fach-)Hochschulreife ausgewertet. Von Bildungsrisiken betroffene Jugendliche sind mit einem stark unterdurchschnittlichen Anteil an diesen Schulen zu finden. Liegen alle 3 Risikolagen vor, ist die Wahrscheinlichkeit, eine entsprechende Schule zu besuchen, am geringsten. Dennoch ist der Anteil des Besuchs einer solchen Schule bei Jugendlichen mit Risikolagen in den letzten gut 20 Jahren moderat gewachsen. Die Struktur der ungleichen Teilnahme hat sich jedoch nicht verändert, sodass an dieser Stelle nach wie vor ungleiche Bildungschancen vorliegen, die auf die familiäre Situation zurückgeführt werden müssen (**Abb. A4-5, Tab. A4-5web**, vgl. auch **D2** und **I1**).<sup>1</sup> Daten zum Verlauf von Bildungskarrieren würden an dieser Stelle einen tieferen Einblick ermöglichen, liegen jedoch auf Bundesebene nicht vor.

**Besuch von Schulen, die zum Abitur führen, abhängig von bildungsbezogenen Risikolagen**

<sup>1</sup> Da in einigen Ländern ausschließlich Schulformen vorliegen, die potenziell zur Hochschulreife führen (vgl. **D2**), wird der Effekt der ungleichen Bildungsteilnahme hier eher noch unterschätzt.

**Abb. A4-5: Besuch von Schulen, die zur Hochschulreife führen\*, bei 12- bis 19-Jährigen 2009 bis 2022 nach bildungsbezogenen Risikolagen (in %)**



\* Besuch von Gymnasium, Oberschule, Gesamtschule, Waldorfschule bzw. gymnasialer Oberstufe in den letzten 12 Monaten der Hochschulreife bereits erreicht.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, eigene Berechnungen

→ Tab. A4-5web

## Methodische Erläuterungen

### Lebens- und Familienform

Gemäß der im Mikrozensus verwendeten Definition ist ‚Lebensform‘ der Oberbegriff über alle Formen des Zusammenlebens in Haushalten. Als ‚Familien‘ werden alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern bezeichnet: Ehepaare mit Kindern, Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehende mit Kindern. Weitere nichtfamiliale Lebensformen sind Ehepartner (ohne Kinder), Lebenspartner (ohne Kinder) und Alleinstehende. Zu beachten ist, dass Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, sowie Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung dabei unberücksichtigt bleiben.

### Ergebnisse des Mikrozensus

Der Mikrozensus wurde 2020 methodisch neu gestaltet. Daher ist die zeitliche Vergleichbarkeit eingeschränkt. Weitere Hinweise finden sich im Abschnitt *Datenquellen*.

### Armutsgefährdung

Zur Bestimmung der Armutsgefährdung werden die Haushaltsäquivalenzeinkommen herangezogen. Das Einkommen eines Haushalts ist die Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Beim Äquivalenzeinkommen handelt es sich um eine Rechengröße, die das Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar macht. Hier wird als Äquivalenzskala die *modifizierte OECD-Skala* verwendet, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Bei weniger als 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens (Median) nach Bundesmaßstab wird von einer Armutsgefährdung ausgegangen.

## Perspektiven

Der Trend zu einer wachsenden Bevölkerungsgröße in Deutschland hat sich nach einem markanten, aber punktuellen Zuwanderungseinbruch 2022 infolge der Corona-Pandemie weiter fortgesetzt. Es ist zu erwarten, dass die Bevölkerungszahl durch weitere Zuwanderung aus dem Ausland auch künftig zunehmen wird. Dies wird mittelfristig in sämtlichen Bildungsbereichen, aber vorrangig in der Frühen Bildung, Betreuung und Erziehung und daran anschließend im Primar- und Sekundarbereich der Schulen zu einer erhöhten Nachfrage führen. Die Auswirkungen des anhaltenden Krieges in der Ukraine auf mittelfristige Zuwanderungstrends und Bleibetendenzen der Geflüchteten bleiben indes ungewiss.

Die wachsende Nachfrage nach Bildungsangeboten gestaltet sich regional unterschiedlich. Im Vergleich zu ländlichen Regionen sind insbesondere in den Städten neben steigenden Geburtenzahlen auch die größten Zuwanderungsgewinne zu verzeichnen; entsprechend ist die Bevölkerungskomposition im städtischen Raum von höheren Anteilen an Menschen mit Einwanderungsgeschichte geprägt. Dies bedingt unterschiedliche Bedarfe, etwa in der Ausgestaltung der Bildungsinfrastruktur und bei der Qualifikation des pädagogischen Personals, die frühzeitig adressiert werden müssen (A1).

Der Bildungserfolg der Kinder ist gerade in Deutschland eng mit der sozialen Situation der Familie verbunden, sodass die Verbesserung von und der Umgang mit schwierigen sozialen Lebenslagen zentrale Herausforderungen für die Gesellschaft und für das Bildungssystem bleiben. Im Sinne der Chancengleichheit verweist der stark erhöhte Anteil bildungsbezogener Risikolagen bei Kindern mit Einwanderungsgeschichte auf einen besonderen Handlungsbedarf. Hervorzuheben ist, dass nicht die Einwanderungsgeschichte per se Ursache dieser Schwierigkeiten ist, sondern die in dieser Bevölkerungsgruppe kumulierenden sozioökonomischen Herausforderungen (A4).

Entsprechende Härten treten insbesondere bei Kindern in Alleinerziehenden-, kinderreichen und Familien mit Einwanderungsgeschichte auf: In solchen Familien sind die 3 bildungsbezogenen Risikolagen weit überdurchschnittlich verbreitet. Diese Kinder wachsen überproportional oft unter Bedingungen der

Armutsgefährdung auf, was teilweise auf die reduzierte Erwerbsbeteiligung in Familien mit mehr als 2 Kindern zurückzuführen ist (A4).

Die Frauenerwerbstätigkeit hat in den letzten 20 Jahren deutlich zugenommen und trägt wesentlich zum Beschäftigungswachstum bei. Der gestiegene Erwerbsumfang von Frauen mit jungen Kindern ist eng mit der Verfügbarkeit geeigneter Betreuungsangebote verknüpft. Ein fortgesetzter Ausbau dieser Kapazitäten und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im vorschulischen und schulischen Bereich, beispielsweise längere Öffnungszeiten in der Kindertagesbetreuung (vgl. C2) und Ganztagsangebote in Schulen (vgl. D3), sind daher essenziell. Flexible Arbeitszeitmodelle sind für Eltern von großer Bedeutung. Die Corona-Pandemie hat den Bedarf an einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig verstärkt, wobei das Homeoffice – bei auch nach der Pandemie kaum zurückgehender Angebotsnutzung – neue Möglichkeiten eröffnet, die jedoch nicht allen Beschäftigtengruppen gleichermaßen zugutekommen: Je nach Wirtschaftszweig der Beschäftigten variieren die Nutzungsanteile deutlich (A3).

Die Corona-Pandemie und auch der Krieg in der Ukraine mit seinen weitreichenden Folgen etwa für die Energieversorgung haben dazu geführt, dass sich die bis 2019 durchweg positive wirtschaftliche Entwicklung zumindest kurzfristig nicht fortgesetzt hat. Auf einen deutlichen Einbruch in der Phase der Corona-Pandemie folgte zwar ein verhaltenes Wachstum, doch im europäischen Vergleich bleibt Deutschland herausgefordert. Dies beeinflusst nicht nur den Arbeitsmarkt und die Erwerbssituation der Familien (A3), sondern auch die Einnahmen der öffentlichen Haushalte, die Hauptfinanzierer des Bildungssystems sind (vgl. B3, A2). So könnten sich auf der einen Seite etwa soziale und finanzielle Risikolagen in den Familien noch verstärken (A4), andererseits bildungspolitische Spielräume, die in aller Regel mit größeren finanziellen Investitionen einhergehen, verengen. Eine sozialverträgliche Balance zwischen Sparzwang und angemessener Erfüllung bildungspolitischer Bedarfe zu finden – auch in der Konkurrenzsituation zwischen den Teilbereichen der öffentlichen Haushalte – wird eine politische Herausforderung der kommenden Jahre sein.

A

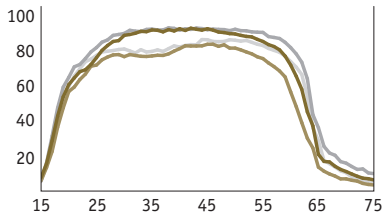
# Im Überblick



## Erwerbsbeteiligung in der zweiten Lebenshälfte stark gestiegen; Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöht

Erwerbstätigenquote 2012 und 2022 nach Altersjahren und Geschlecht (in %)

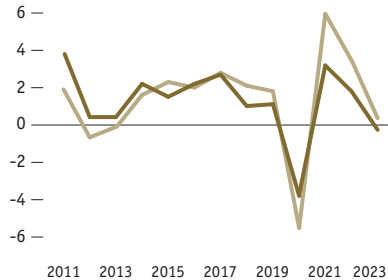
■ Männlich 2012 ■ Weiblich 2012  
■ Männlich 2022 ■ Weiblich 2022



## Deutsche Wirtschaft wächst unterdurchschnittlich

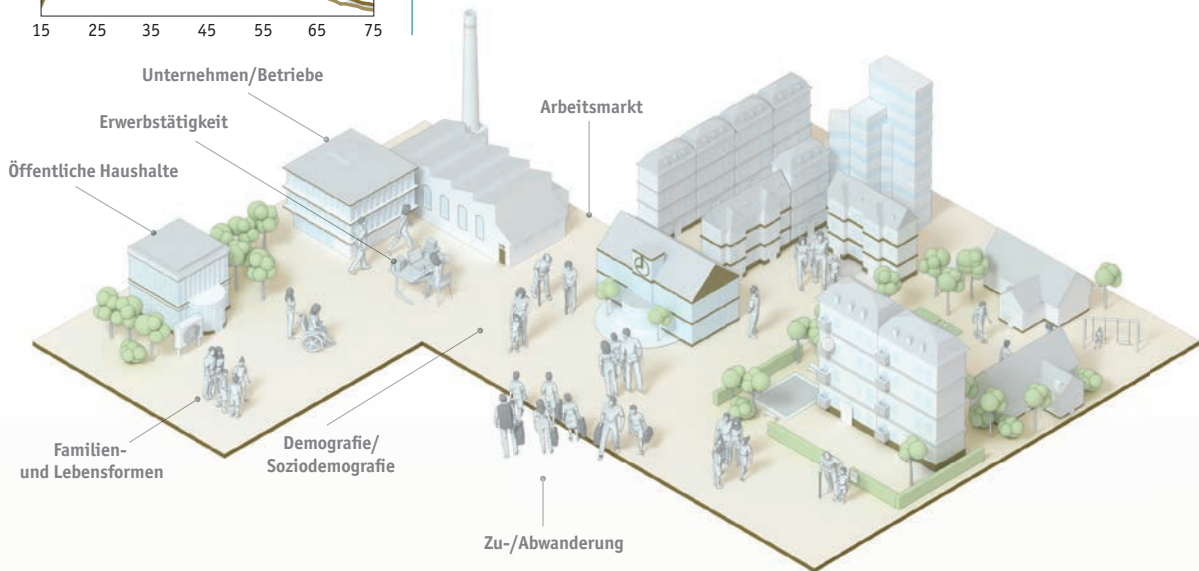
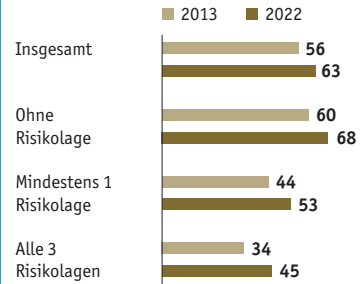
Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2011-2023 (in %)

■ EU-27-Staaten ■ Deutschland



## Bildungsbezogene Risikolagen haben nach wie vor negativen Einfluss auf den Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen

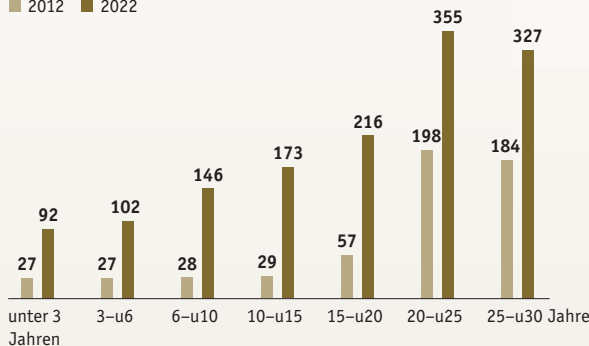
Besuch von Schulen, die zur Hochschulreife führen, bei 12- bis unter 20-Jährigen 2022 nach bildungsbezogenen Risikolagen (in %)



## Zuzüge nach Deutschland bei den unter 30-Jährigen fluchtbedingt stark gestiegen

Zuwanderung von unter 30-Jährigen nach Deutschland 2012 und 2022 (in Tsd.)

■ 2012 ■ 2022



## Kinder von Alleinerziehenden und mit Einwanderungsgeschichte stark von bildungsbezogenen Risikolagen betroffen

Bildungsbezogene Risikolagen von Kindern 2022 (in %)

■ Soziale Risikolage ■ Mindestens 1 Risikolage  
■ Risikolage formal gering qualifizierter Eltern ■ Alle 3 Risikolagen  
■ Finanzielle Risikolage

